Donnerstag, 12. Januar 1933
Nr. 10 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

„Nationale" Presse wird saniert

169 000 neue Arbeitslose

Trotzki schwer erkrankt

Belagerungszustand im spanischen Unruhegebiet

„Fünf Mark in 14 Tagen"

ADGB-Zeitungswesen

Gelehrte steigen in einen Vulkan

Leo Trotzki: „Sowjetwirtschaft in Gefahr"

Milliarden-Defizit des Reiches

Rede des Reichsfinanzministers — Der Kapitalismus hat keinen Ausweg

Die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages gewann besonderes Interesse, weil dort der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk einen

Ueberblick über die Finanzlage des Reiches

gab. Ein Jahr lang hatten es die verschiedenen Reichsfinanzminister nicht für nötig gehalten, die Oeffentlichkeit über den Stand der Reichsfinanzen offiziell aufzuklären.

Das Bild, das sich aus der Rede des Reichsfinanzministers ergibt, ist kennzeichnend für die Situation des deutschen Kapitalismus. Im eigentlichen Etat ist zum Ende des Rechnungsjahres 1932 ein

Fehlbetrag von 2070 Millionen Mark

vorhanden — eine Summe, die dem Finanzminister in seinem gekünstelten Optimismus „erträglich und nicht allzu gefährlich" erscheint!

Ist schon dieser Betrag im Rahmen des deutschen Reichsetats und neben der ungeheuren Belastung der Länder und Gemeinden sehr beträchtlich, so ist noch viel gewichtiger die Vorbelastung der kommenden Etats durch die Abbürdung der Ausgaben, die im Jahre 1932 bewußt zu Lasten der kommenden Etats gemacht worden sind. Die Milliardenbeträge die für Stützungs- und Ankurbelungszwecke, d. h. für Subventionierung der Privatwirtschaft, ausgegeben wurden, sind insbesondere seit der Regierung Papen unter der Verantwortung des jetzigen Reichsfinanzministers bedenkenlos zu Lasten der nächsten Jahre ausgegeben worden.

Aus diesen Verpflichtungen beträgt die Vorausbelastung der kommenden Etats für 1933 rund 240 Millionen, für 1934 und 1935 je 740 Millionen, für 1936 und 1937 je 600—700 und für 1938 rund 500 Millionen Mark.

Dazu kommt weiter die Notwendigkeit, das oben erwähnte Defizit des Reiches in Höhe von über zwei Milliarden Mark im Laufe weniger Jahre abzutragen und zugleich die Länder und Gemeinden mit immer neuen Millionenbeträgen vor dem offenen Bankrott zu bewahren.

Für diese Finanzpolitik, die in ihrer Leichtfertigkeit an die Finanzpolitik der Kriegsjahre unter Helfferich erinnert, geben die verantwortlichen Stellen nur eine „Begründung": Die Hoffnung, daß von 1933 an eine wirtschaftliche Erholung beginne, die vermehrte Steuereingänge und verminderte Arbeitslosenlasten bringen werde! Das Reichsfinanzministerium hat also, wie das „Berliner Tageblatt" treffend feststellt, eine Spekulation à la Hausse unternommen, d. h. es spekuliert in seiner Finanzpolitik auf den Wiederaufstieg des Kapitalismus.

Außer dieser vagen, durch nichts begründeten Hoffnung auf bessere Zeiten konnte der Reichsfinanzminister auch in seiner gestrigen Rede

keinen einzigen Gesichtspunkt zur Lösung der Finanzschwierigkeiten

des Reichs, der Länder und Gemeinden vorbringen. Damit ist erneut bewiesen, daß die kapitalistische Finanzpolitik nicht nur die Massen des werktätigen Volkes durch direkte und indirekte Steuern, Zölle und andere Belastungen aller Art aufs schlimmste ausplündert, sondern bei alledem doch außerstande ist, ihren Etat zu balancieren.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei hat in ihrem Aktionsprogramm die Tageslosungen aufgestellt, die im Kampf gegen die kapitalistische Finanzpolitik in den Vordergrund gerückt werden müssen. Als wichtigste Punkte kommen hier in Frage:

Erhöhung der Steuern auf arbeitsloses Einkommen aus Besitz sowie der Erbschaftssteuer; Konfiskation des Vermögens bei Kapital- und Steuerflucht.

Erhebung eines Notopfers auf den Besitz und Auflegung einer Zwangsanleihe.

Einstellung aller Subventionen und sofortige Rückzahlung aller an Großindustrie, Großbanken und Großlandwirtschaft gewährten Subventionen und Kredithilfen; Kündigung aller diesen gegenüber übernommenen Bürgschaften.

Sofortige Einziehung aller rückständigen Steuern bei Großindustrie, Großhandel und Großlandwirtschaft.

Einschneidende Kürzung der hohen Gehälter und hohen Pensionen.

Sofortige Einstellung aller Zahlungen an Fürsten und Standesherren.

Sofortige Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Religionsgesellschaften.

Streichung aller militärischen Ausgaben.

Aufhebung aller Geheimfonds.

Für diese Punkte in Verbindung mit den Forderungen auf Beseitigung der Massenbelastungen muß das Proletariat außerparlamentarisch kämpfen. Der Kampf für diese dem gesamten werktätigen Volke einleuchtenden Forderungen würde dann zum Ausgangspunkt viel umfassenderer Kämpfe, die bis zur revolutionären Ueberwindung des ganzen kapitalistischen Systems weitergeführt werden müssen.

169000 neue Arbeitslose

5773000 gemeldete, insgesamt 8 Millionen Arbeitslose

Keine Arbeitsbeschaffung

Berlin, 10. Januar.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Dezember die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Am Jahresende waren bei den Arbeitsämtern rund 5 773 000 Arbeitslose gemeldet.

Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000.

Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahre, die Ende Juni mit mehr als 1,7 Millionen am stärksten war, ist seitdem ständig geringer geworden und betrug am Jahresende nur noch rund 105 000.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 94 000 auf rund 792 000, in der Krisenfürsorge um rund 93 000 auf rund 1 281 000. Aus dem Personenkreis der öffentlichen Fürsorge wurden Ende Dezember rund 2 375 000 Arbeitslose nach den Vorschriften der Reichsregierung als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt. Am Jahresende waren trotz Beendigung der Arbeiten oder winterlicher Unterbrechung noch rund 242 000 junge Deutsche im freiwilligen Arbeitsdienst tätig, das heißt 43 000 weniger als Ende November. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge steht für Ende Dezember noch nicht fest, dürfte aber nahe an 70 000 zu schätzen sein.

Dieses neue lawinenartige Steigen der Arbeitslosenziffer zeigt den seit Monaten planmäßig aufgezogenen Volksbetrug der von offiziösen und amtlichen Stellen mit der „Silberstreifen"-Theorie und den verlogenen Berichten über Konjunkturaufschwung getrieben wurde.

Es geht weiter rasend bergab.

Das ist die durch die Steigerung der Arbeitslosigkeit erwiesene Tatsache.

Jetzt trösten die amtlichen Stellen mit dem Hinweis, daß die Arbeitslosenziffer in diesen Monaten nicht in dem Maße wie im Vorjahr steige und daß heute „nur" 105 000 Arbeitslose mehr vorhanden seien als zu gleicher Zeit des Vorjahres.

Das ist glatter Schwindel.

Das trifft nämlich nur zu, soweit die gemeldeten Arbeitslosen in Frage kommen. Da aber, wie den amtlichen Stellen sehr gut bekannt ist, durch die Brüning- und vor allem Papenverordnungen viele Hunderttausende von Erwerbslosen von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen wurden (es sind bestimmt über 2 Millionen), so melden sich unzählige von Arbeitslosen gar nicht mehr bei den Stempelstellen. Darauf beruht der „Rückgang" der „Ueberlagerung" gegenüber dem Vorjahr.

Warum erfolgt diese absichtliche, der Wahrheit widersprechende amtliche Schönfärberei?

Man will damit die „Güte" der heutigen Regierung beweisen und andererseits die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung herabmindern. Wenns nicht so schlimm ist, ja wenn — nach dieser Berechnung — das Steigen der Arbeitslosenziffer sich langsamer vollzieht als im Vorjahr, dann hat man noch viel Zeit mit der Arbeitsbeschaffung. So nur ist es auch zu erklären, daß es der „Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung" Dr. Gercke in der gestrigen Sitzung des

Sozialpolitischen Reichstagsausschusses

wagen konnte, sein „Sofortprogramm" für Arbeitsbeschaffung mit allgemeinen leeren Redensarten zu empfehlen, statt endlich konkrete Angaben zu machen. Dazu paßt auch nachstehende Meldung, die nichts anderes ist als

Blutiger Hohn

für die Arbeitslosen

Berlin, 10. Januar.

CNB. **In einer Reihe von Zeitungen ist von großen Bauprojekten öffentlicher Unternehmungen, so der Reichsbahn, ferner Versorgungsbetrieben und Wassserwerken, die alle als Träger des Sofortprogramms für die Arbeitsbeschaffung in Frage kommen, die Rede. Wie wir von einer dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung nahestehenden Seite erfahren, sind noch keine endgültigen Beschlüsse über die Verteilung der Mittel des Sofortprogramms getroffen worden.**

So also sieht's aus! Die Arbeitslosenziffer steigt weiter ins Riesenhafte. Aber, trotzdem seit nun bald zwei Monaten vom „Sofort"-Programm geredet wird, trotzdem das Programm, dessen Erfüllung auch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein wäre, vor einigen Tagen amtlich verkündet wurde — sind noch keine Beschlüsse gefaßt, das heißt geschieht nichts!

Diese Verhöhnung kann sich die Regierung der Kapitalsdiktatur nur einer aktionsunfähigen, zerrissenen und zum Teil von den tolerierungsfreudigen ADGB-Führern geleiteten Arbeiterklasse gegenüber leisten. Darum gilt es, das ganze Manöver der faulen Versprechungen, der kapitalistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme und der planmäßigen Massentäuschung zu zerschlagen durch die geschlossene Massenaktion des Proletariats.

Wirkliche Arbeitsbeschaffung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es nur durch revolutionären Kampf im Sinne des SAP-Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Osthilfeskandal

Die Forderungen des Proletariats

„Auf billig erworbenem Lande, mit billigem, öffentlichem Gelde werden für Landwirte, Gärtner und Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe aber Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut, und gegen mühige Verzinsung der Selbstkosten übergeben werden ... Jetzt will die dankbare Heimat Euch zu freien Herren auf deutschem Grund und Boden machen ... Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Helft unserem wunden Vaterlande über seine schwerste Zeit hinweg, rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn — dann bereitet ihr eure eigene Zukunft, euer eigenes Glück!"

(von Hindenburg in seinem Aufruf ans Heer, 21. November 1918.)

R. H. Wie steht es mit der Siedlung heute?

Der deutsche Großgrundbesitz umfaßt reichlich 5 Millionen Hektar. Davon ist der dritte Teil, schlecht gerechnet 1½ Millionen Hektar, überschuldet und völlig unrentabel. Von diesen reichlich 1½ Millionen wollte Brüning wieder den dritten Teil, ½ Million Hektar (2 Millionen Morgen), zur Siedlung freimachen, weshalb er von den Großagrariern um Hindenburg gestürzt wurde. Papen hat dann die Osthilfe außerordentlich erweitert, so daß von den 500 000 Hektar wieder nur der dritte Teil, etwa 200 000 Hektar, als gänzlich sanierungsunfähig aufgegeben und dem Konkurs, nachfolgend aber der Siedlung, freigegeben werden mußten. Mitte Dezember hat Reichskanzler von Schleicher in seiner Rundfunkrede diese Ziffer genannt. Davon sind bis heute aber erst drei Prozent, also 6000 Hektar, wirklich freigeworden. Was geschieht mit dem „Rest"?

Das „Berliner Tageblatt" (dessen Leitartikeln vom 24. November und vom 3. Januar das hier verwendete Material entstammt) macht in seiner bürgerlich-vorsichtigen Art einige Angaben zu diesem Thema.

Nach der September-Notverordnung Papens können landwirtschaftliche Kreditinstitute unter gewissen Voraussetzungen vom Reich Osthilfekredite erhalten. Der Vorgang ist dann der: Das landwirtschaftliche Kreditinstitut (meist eine sog. „Landschaft") hat Grundbesitzern Geld geliehen und sich dafür Hypotheken ausstellen lassen. Das Geld hat es sich beschafft durch Ausgabe von Pfandbriefen, die es natürlich verzinsen muß. Das bedeutet, daß der Großgrundbesitzer seine Hypothek ebenfalls verzinsen muß, um dem Kreditinstitut das Zinsenzahlen zu ermöglichen.

Nun hat schon Brüning der „notleidenden" Groß-Landwirtschaft neben der allgemeinen Zinssenkung in der 4. Notverordnung einen Extra-Zinsnachlaß von 50 Prozent gewährt; so daß im allgemeinen der Großgrundbesitzer statt der 6 Prozent Hypothekenzinsen nur noch 3 Prozent zu zahlen braucht. Das hätte zur Folge gehabt, daß auch die Landschaften nur die Hälfte ihrer Zinsen für die Pfandbriefe hätten zahlen können. Nun hat ihnen die andere Hälfte das Reich aus Osthilfemitteln zugesichert (zwar nur in Form von zinslosen Krediten, aber daß das Reich diese Kredite jemals zurückbekommen würde, glaubt nicht mal das jüngste Baby des jüngsten Regierungskommissars). Diese besondere Zinssenkungs-Vergünstigung darf aber selbst nach der Notverordnung Papens nur an Landschaften gegeben werden, die sonst zahlungsfähig sind, das bedeutet, daß deren agrarische Schuldner wenigstens ihre halben Zinsen zahlen können. Landschaften also, die völlig zahlungsunfähig werden, dürfen nicht mehr subventioniert werden, so daß sie in die Notwendigkeit versetzt würden, von ihren agrarischen Schuldnern wieder volle Zinsen und im Falle völliger Pleite des Großagrariers Zahlung der ganzen Hypothek, d. h. Konkurs des Großgutes zu verlangen, im Falle völliger Pleite der Landschaft selbst Zahlung aller großagrarischen Hypotheken (praktisch aller faulen Hypotheken), d. h. Konkurs aller nicht sehr zahlungsfähigen Schuldner des betreffenden Instituts.

Das hätte, wie gesagt, den Konkurs von 200 000 Hektar Großgrundbesitz bedeutet. Es hätte bedeutet, daß in diesem Umfang billiges

Land freigeworden wäre, das sofort für Siedlung zur Verfügung gestellt werden könnte. Da man für eine Siedlerstelle etwa 10 Hektar rechnet, hätten an 20 000 Siedlerstellen errichtet werden können. Oder — was in unserem Sinn liegen würde — Boden für Kollektivsiedlung von 20 000 Landarbeiterfamilien!

Was ist geschehen? Trotz der Ankündigung des „Sozialen Generals", diese 200 000 Hektar (800 000 Morgen) für Siedlung freizugeben, hat das Reich auf dem Umweg über die Rentenbank-Kreditanstalt für die Anfang dieses Jahres fälligen Zinsen allen preußischen Landschaften „Kredite" zur Verfügung gestellt, um ihren Zinsendienst weiterführen zu können. An und für sich gehen die preußischen Landschaften (wie das „B. T." in höflicherer Form schreibt) das Reich gar nichts an, trotzdem trägt das Reich die ganze Verantwortung.

„Unter welchem Etatstitel eigentlich diese Kreditrisiken auf die Reichskasse übernommen werden — das bleibt im Dunkeln."

Mit anderen Worten: Das Reich übernimmt hier Garantien und Subventionen, die im Etat gar nicht vorgesehen sind, d. h. die es gar nicht übernehmen darf. Es tut es trotzdem — entgegen allen Versprechungen des „Sozialen Generals" — denn letzten Endes geht dieses Risiko ja nicht ins Portemonnaie von Schleicher und seiner Ministerialbürokratie, sondern in das der Steuerzahler und vor allem der Erwerbslosen!

*

Die wirtschaftlichen Folgen?

Die planmäßige Siedlung kommt natürlich nicht zur Durchführung. Die überschuldeten Betriebe der Großagrarier verlangen, um lebensfähig zu bleiben, immer höhere Preise für ihre Produkte, immer höhere Zölle usw.: Verteuerung der Lebenshaltung! Außer dem Proletariat bekommt das auch das Kleingewerbe und andere Teile des proletarisierenden Mittelstandes zu spüren, ebenso Teile der Kleinbauernschaft, die selbst oder deren Söhne siedeln wollen, auch verteuert die Getreidepreissteigerung ihnen das Viehhalten. Steigerung der Viehpreise, des Butterpreises (Margarineverpanschung!) und anderes sind die Folgen für die Verbrauchermassen.

Daß aus immer neuen Subventionen neue Belastungen für die breiten Massen entstehen, immer neue Verschlechterung der Unterstützungssätze usw., haben wir in der Praxis oft genug erlebt.

Was ist dagegen zu fordern? Sofortige Siedlung nicht nur auf den 200 000 Hektarn, die nicht einmal mehr nach der Papennotverordnung gerettet werden können (20 000 Siedlerstellen), nicht nur der 500 000 Hektar, auf denen Brüning siedeln wollte (50 000 Stellen), sondern zumindest, und zwar sofort auf allem großagrarischen Boden, der heute von Reich und Preußen subventioniert werden muß (1,5 Millionen Hektar = 150 000 Siedlerstellen). Benutzung des bisher für Subventionen verwendeten Geldes für die Besiedlung dieses Gebietes. Herabsetzung der Lebensmittelpreise, sofort, soweit es auf dem billig besiedelten und demnach wenig verschuldeten Siedlungsland möglich ist, später Zug um Zug Weiterenteignung des (gegen diese Siedlungen natürlich nicht konkurrenzfähigen) übrigen Großgrundbesitzes in möglichst schneller Zeit; mit dem Erfog, daß an Stelle von 13 000 Großagrariern 500 000 Siedlerfamilien treten (2—3 Millionen Menschen!) Kollektive Siedlung!

Es ist klar, daß die herrschende Junkerkaste, aber überhaupt die ganze Kapitalistenklasse, diesen selbstverständlichen Forderungen aufs schärfste Widerstand leisten wird. Die Arbeiterklasse und mit ihr verbunden die proletarisierten Mittelschichten, die mit derartigen Forderungen von der faschistischen Ideologie geheilt werden können, müssen diese Forderungen im Kampf Klasse gegen Klasse erkämpfen. Es wird sich dann zeigen, daß die sozialistische Machteroberung der werktätigen Klasse Voraussetzung für die Durchführung jeder vernünftigen Agrarreform ist. Also Voraussetzung irgendwelcher vernunftgemäßen Lebensmittelpolitik. Das gilt es überall klarzustellen, davon müssen vor allem die nicht proletarisch klassenbewußten, halb oder ganz proletarisierten Mittelschichten überzeugt werden. Freilich nicht mit nationalbolschewistischen Phrasen, auch nicht mit schematischer Uebertragung russischer Vorgänge des Jahres 1917, sondern mit klaren, revolutionär marxistischen Verstandesgründen.

Trotzki schwer erkrankt?

London, 11. Januar.

Daily Expreß berichtet aus Konstantinopel, daß Trotzki in seinem Landhaus auf der Insel Prinkipo schwer krank darnieder liege. Sein Sekretär sei nach Wien abgereist, um den ärztlichen Beistand eines Spezialisten zu gewinnen.

Selbstmord der Tochter Trotzkis

Berlin, 11. Januar.

CNB. Die „Volkszeitung" berichtet, daß die Tochter Leo Trotzkis, Frau Wolkow, die in Berlin-Karlshorst wohnte, aus „Verzweiflung über die drohende Ausweisung und in der Furcht, nirgends ein rechtes Asyl finden zu können", Selbstmord durch Vergiftung mit Gas verübt habe. Die Tat soll bereits Ende vergangener Woche geschehen sein.

Wie wir vom Polizeipräsidium erfahren, hat — dem Polizeibericht vom 5. Januar zufolge — tatsächlich eine russische Staatsangehörige, die 32jährige Volkoff, geborene Bronstein, in ihrer Wohnung Karlshorst, Treskowstraße, Selbstmord durch Einatmen von Gas verübt. An zuständiger Stelle ist nicht bekannt, ob es sich bei dieser Frau um eine Tochter Trotzkis handelt.

Die „nationale" Presse wird saniert

Auch eine Glanzleistung der Regierung Braun—Severing

In der soeben dem preußischen Landtag von der preußischen Staatsregierung zugeleiteten „Denkschrift über die Rechnungsprüfung für das Rechnungsjahr 1930" finden sich genaue Angaben über die

Staatsaufwendungen zur Unterstützung von Zeitungen.

Die Oberrechnungskammer hat bekanntlich die Aufgabe, sämtliche Ausgaben des preußischen Staats nachzuprüfen.

In dem Bericht wird erklärt, daß die Oberrechnungskammer schon vor längerer Zeit daran erinnert habe, daß

bei der Etatposition „Unvorhergesehene und vermischte Ausgaben" und bei der weiteren Position „außerplanmäßige Ausgaben"

insgesamt 7 30 000 Reichsmark erschienen, die auf ministerielle Anordnung an den Pressereferenten im Finanzministerium „zur Beseitigung eines außerordentlichen Notstandes" gezahlt waren. Die weiteren, von der Oberrechungskammer veranlaßten Prüfungen hätten ergeben, daß diese Gelder von dem Pressereferenten an

die mit staatlichen Mitteln begründete Zentrale Verlagsgesellschaft G. m. b. H. (Z. V. G.)

weitergeleitet worden seien. Von Beginn ihrer Tätigkeit an, nämlich vom 1. April 1929, habe die Z. V. G., die auch die Aktiven und Passiven eines anderen, ähnlichen Zwecken dienenden Verlages übernommen hätte, ihre Mittel zunächst zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei Akt.-Ges., beim „Generalanzeiger" Verlag G. m. b. H. in Osterode, beim „Stolper Generalanzeiger" G. m. b. H. in Stolp und bei der Dr. Rudolf Dammert G. m. b. H. in Berlin verwendet. Ferner seien Kredite gegeben worden an die erwähnte Kölner Verlagsanstalt, an die „Kösliner Neueste Nachrichten", an Mirbachs Telegraphenbüro in Berlin, an die „Zeitung für Morgen" in Berlin, an die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenz-Gesellschaft in Berlin, an den Presseverlag Dr. Dammert G. m. b. H. in Berlin, sowie an die erwähnten „Generalanzeiger" in Osterode und Stolp.

Die Aufwendungen für diese Zwecke betrügen insgesamt 1 139 013 Reichsmark.

Auch im nächsten Geschäftsjahr, dem Kalenderjahr 1930, seien nach Ueberweisung weiterer Mittel unter der Bezeichnung „Zur Pflege und Förderung kultureller Belange in den Grenzgebieten u. a. zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und der Kieler Zeitung, sowie zu Kredithergaben an die Kölner Verlagsanstalt, die Kösliner Neuesten Nachrichten, die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft, den Presseverlag Dammert, die Generalanzeiger von Osterode und Stolp und den ostpreußischen Druck G. m. b. H. Königsberg insgesamt 847 103 Reichsmark verausgabt worden. Ein außerordentlicher Notstand, zu dessen Beseitigung diese hohen Staatsmittel aufgewendet werden mußten, sei von der Staatsregierung darin erblickt worden,

daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existiert hätten, die die nationale Politik im Sinne der Staatsregierung stützten.

Die Oberrechnungskammer halte die Verrechnung der genannten Mittel bei den vorgesehenen Positionen für nicht zulässig.

Die Kammer stellt also nicht fest, daß die geleisteten Ausgaben sachlich fehl am Platze gewesen seien, sie bemängelt aber ihre rein technische Unterbringung im Etat. Dagegen wendet sie sich

gegen die Höhe der Verwaltungskosten der Zentralen Verlagsgesellschaft,

die 162 747 Reichsmark für die Zeit vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1930 betragen hätten. Die Oberrechnungskammer nennt diese Verwaltungskosten „außerordentlich hoch". An den Geschäftsführer der Z. V. G., deren Personal nur aus drei Personen bestanden habe, seien

neben hohen Tagegeldern und Dienstreisenentschädigung ein Gehalt von 18 000 Reichsmark, 4000 Reichsmark Dienstaufwandsentschädigung und 2000 Reichsmark Urlaubsvergütung,

an den Buchhalter ein Gehalt von 10 000 Reichsmark und 1000 Reichsmark Urlaubsvergütung bezahlt worden.

Die Beteiligungen seien in den Jahren 1930 bis 1932 veräußert worden. Auch habe das Finanzministerium kürzlich die

Auflösung der Z. V. G.

angeordnet. Die völlige Abwicklung der Zentrale dieser Z. V. G. ist der Deutschen Revisions- und Treuhand-Gesellschaft übertragen worden. Jedoch meint die Kammer, es stehe schon jetzt fest, daß der größte Teil der vom Staat der Zentrale gewährten Geldmittel verloren sei.

* * *

Die Regierung Braun-Severing hat also Jahr für Jahr der „General-Anzeiger"-Presse und anderen nationalen Provinzblättern viele hunderttausend Mark zugeschanzt und diesen Zeitungen und Pressekorrespondenzen damit überhaupt erst ihren Kampf gegen das Proletariat und seine Forderungen ermöglicht. Wenn die sozialdemokratischen Funktionäre in Kiel und Köln, in Köslin und Stolp und anderen Orten von Haus zu Haus gingen, um Abonnenten für die sozialdemokratische Presse zu werben, so stießen sie bei ihrer mühseligen Arbeit immer wieder gerade auf diese „General-Anzeiger"-Presse als gefährlichste Konkurrenz der Arbeiterzeitungen. Sie haben wohl nicht geahnt, daß diese Konkurrenzblätter lebten und blühten von den Subventionen der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung, von dem Wohlwollen jener sozialdemokratischen Minister, für deren „Machtpositionen" die Proleten Opfer um Opfer gebracht haben.

Auch diese großzügige Subventionierung bürgerlicher Zeitungen ist bezeichnend für die nationale Politik der preußischen Koalitionsregierung. Die jetzt darüber bekannt gewordenen Tatsachen werden hoffentlich dazu beitragen, wieder Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen zu öffnen.

Belagerungszustand im spanischen Unruhegebiet

Madrid, 11. Januar.

WTB. **Die Regierung hat, obwohl sie überzeugt ist, daß der revolutionären Bewegung Einhalt geboten ist, beschlossen, über die Unruhegebiete den Belagerungszustand zu verhängen.**

Madrid, 10. Januar.

Aus Sevilla wird gemeldet, daß die Gewerkschaften heute früh den Generalstreik erklärten. Es kam zu verschiedenen Zwischenfällen; auch Schießereien gab es, bei denen sechs Personen verletzt wurden. Die Polizei hat viele Verhaftungen vorgenommen.

Madrid, 10. Januar.

Die Nacht ist auch in Granada und in Valencia unruhig verlaufen. In Granada explodierte vor einem Kirchentor eine Bombe.

In Madrid wurden drei Personen tot aufgefunden, und zwar ein Mann, eine Frau und ein junges Mädchen. Alle drei sind von unbekannten Tätern durch Revolverschüsse getötet worden.

*

Paris, 10. Januar.

Kammerpräsident Fernand Bouisson wurde heute mit 401 von insgesamt 452 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. 115 Abgeordnete haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Alwar, 10. Januar.

Zur Verstärkung der Truppen des Staates Alwar sind etwa 1000 britische Soldaten hier eingerückt. Sie befinden sich im Vormarsch gegen die von den mohammedanischen Rebellen besetzt gehaltenen Oertlichkeiten.

Havanna, 10. Januar.

In Havanna und in Santiago de Kuba kam es am Dienstag zu kommunistischen Unruhen. Mehrere Personen erlitten Verletzungen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In Matanzas, wo das Militär die Kontrolle übernommen hat, wurden ungefähr 100 Personen verhaftet.

Wieder ein SA-Mann als Mörder

Lichtenrader Bluttat aufgeklärt

Berlin, 10. Januar.

CNB. **Der politischen Polizei ist es gelungen, die Bluttat aufzuklären, die in der Neujahrsnacht in Lichtenrade verübt wurde. Damals wurde der Arbeiter Erich Herrmann von politischen Gegnern erstochen. Der unter dem Verdacht der Täterschaft gestern verhaftete 22jährige Schlächter Fritz Osthoff, der der NSDAP angehört, hat heute gestanden, den tödlichen Stich geführt zu haben. Er behauptet, die Tat in Notwehr begangen zu haben. Osthoff wird dem Vernehmungsrichter vorgeführt, damit Haftbefehl erlassen werden kann.**

Hitler in Berlin

CNB. Adolf Hitler hat sich heute, dem „Angriff" zufolge, unter Unterbrechung seiner Tätigkeit im lippischen Wahlkampf vorübergehend nach Berlin begeben. Er ist heute früh hier mit seiner ständigen Umgebung und in Begleitung von Dr. Goebbels eingetroffen.

Der Zweck des nur kurz bemessenen Aufenthalts ist, wie das Blatt berichtet, eine Besprechung mit Reichstagspräsident Göring, der soeben von einer Reise nach Schweden zurückgekehrt ist.

Muschkoten der KPD

Plauen i. V., 9. Januar.

Albert Janka, der Plauener UB-Sekretär der KPD, hat schwere Zeiten: das Thälmann-Aufgebot ist so gut wie unerfüllt geblieben, die Demonstrationen bringen kaum die Mitgliederzahl der KPD auf die Beine. So begab er sich also höchstselbst in die Wohnung zweier SAP-Betriebsratsvorsitzenden und siehe da — beide traten über. In den Reihen der SPD munkelt man, daß er den beiden die Unterstützung der KPD bei der Betriebsratswahl und die Wiederwahl des einen von ihnen in den Theaterausschuß zugesagt habe. Nach eigener Aussage wünschten beide, daß aus ihrem Uebertritt kein großes Aufheben gemacht werde und eine scharfe Erklärung gegen die SAP lehnten sie überhaupt ab. Trotzdem aber erschien eine Erklärung mit ihrer Unterschrift in der KPD-Zeitung, und als der Genosse Albert Mädler — der eine der beiden Uebergetretenen — von einem SAP-Genossen wegen des Wortlauts der Erklärung (die allen ultralinken Unsinn der KPD enthält) gestellt wurde, erklärte er mit aller Bestimmtheit, daß er mit dieser Erklärung nicht das Mindeste zu tun habe. Es könne sein, meinte er, daß er bei solchen Methoden schon nach vierzehn Tagen nicht mehr in der KPD sei.

Am Tage des Uebertritts fand eine große öffentliche Versammlung der KPD statt, in der die beiden Uebergetretenen mit dem üblichen Pomp Erklärungen abgeben sollten. Während sich Arno Richter zu dieser Rolle bereit fand, lehnte Albert Mädler diese Zumutung ab und begab sich in den Vereinsabend des Arbeiter-Radio-Bundes. Albert Janka aber gab großmäulig in der Versammlung bekannt, daß Mädler nicht in der Versammlung sprechen könne, weil er in einer Gewerkschaftsversammlung „die revolutionären Grundsätze der KPD" vertreten müsse. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch daß vor einem Jahre, als sich Mädler als Betriebsratsvorsitzender der städtischen Werke nicht bereitfand, eines der üblichen RGO-Abenteuer zu unterstützen, dafür im kommunistischen „Echo" als „Sozialfaschist schlimmster Sorte" bezeichnet wurde.

So hat die KPD den beiden Uebergetretenen gleich am ersten Tage zu erkennen gegeben, daß sie nur willenlose Muschkoten die unbesehen alles hinnehmen, in ihren Reihen duldet.

Hamburg

Die von der thüringischen Regierung gemaßregelte Genossin

Prof Dr. Anna Siemsen, Jena

spricht am 13. Januar, 20 Uhr, in den Fülbecker Burgersälen, über „Die Aufgaben der Arbeiterschaft in der Weltkrise" und wird gleichzeitig Stellung nehmen zu der Auffassung Prof. Heymanns, Hamburg über „Privates und öffentliches Leben in der künftigen sozialistischen Gesellschaft."

Eintrittskarten kostenlos nur durch die bekannten Funktionäre der SAP oder A. Busch, Reuterstraße 9.

Auswärtiger Ausschuß am 20. Januar

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden Abgeordneten Dr. Frick (Natsoz.) für Freitag, den 20. Januar, vormittags 11 Uhr, einberufen worden.

Die Anklage gegen Brolat

CNB. Der Untersuchungsrichter des Landgerichts III hat die Voruntersuchung gegen Direktor Brolat gestern geschlossen. Der Staatsanwalt hat heute Anklage wegen Meineides erhoben.

Die strafbare Handlung wird darin erblickt, daß Brolat am 30. Oktober 1929 zu Protokoll des Oberregierungsrates Tapolski unter Eid bekundet hat, er habe seit Dezember 1928 unmittelbar bei der Firma Keller & Furch gekauft, habe die Direktoren der Stadtbank nur dienstlich und auch nur flüchtig gekannt und von den Sklareks Geschenke im allgemeinen weder angenommen noch ihnen gemacht. Nach Ansicht der Anklagebehörde sind diese drei Punkte seiner Aussage unrichtig und Brolat sei sich auch der Unrichtigkeit seines eidlichen Aussage bewußt gewesen.

Politische Zusammenstöße

Berlin, 10. Januar.

CNB. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es heute im Saalbau Friedrichshain. Dort hatte die kommunistische Partei anläßlich des 10. Jahrestages der Ruhrbesetzung eine Versammlung einberufen. Kurz vor Beginn der Versammlung erschienen etwa 400 uniformierte Nationalsozialisten und begehrten Einlaß. Sie drangen in den Vorraum, wo sie jedoch von Versammlungsteilnehmern und der Polizei zurückgedrängt wurden. Auf der Straße wurde die Menge von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Im Friedrichshain entwickelte sich dann zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine schwere Schlägerei, bei der auch mehrere Schüsse fielen. Dabei wurden zwei Personen, deren Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten, schwerverletzt. Drei Personen — ein Nationalsozialist und zwei angeblich Parteilose — wurden festgenommen.

Für Arbeiter-Vorsteher im Stadtparlament

Die Stadtverordnetenfraktion der Sozialistischen Arbeiter-Partei hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, bei der kommenden Vorsteherwahl im Stadtparlament am Donnerstag dem Vertreter der stärksten Arbeiterpartei im Parlament ihre Stimme zu geben, damit nicht, wie im Vorjahr, ein bürgerlicher Vorsteher gewählt werden kann. Die Sozialistische Arbeiter-Partei geht von dem Gesichtspunkt aus, daß jede Gelegenheit benutzt werden muß, um praktisch die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen gegen das Bürgertum zu schaffen. Ein diesbezügliches schriftliches Angebot ist heute an die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei abgegangen.

Ein SAP-Genosse angeschossen

Wie wir nachträglich erfahren, wurde unser Genosse R. am Sonntag durch einen Streifschuß, der aus einer Gasschußpistole eines Nazis stammt, verletzt.

Genosse R. befand sich auf dem Nachhausewege auf dem Nikolaistadtgraben in der Nähe des Königsplatzes. Als er plötzlich einen Arbeiter von einem SA-Mann verfolgt sah. Genosse R. sprang von seinem Rade und eilte dem Klassengenossen zu Hilfe. Der Nazi ließ von der Verfolgung ab, lief über die Straße, zog einen Revolver und rief

„Weg, ich schieße!"

Der Genosse R. hielt zum Schutz sein Rad vor sich hin. Der Schuß verletzte ihn am Schienbein.

Barone und Pastoren läßt man laufen

Schweidnitz, 11. Januar.

Dienstag abend wurde in der Kynauer Sprengstoffangelegenheit im Wege des Haftprüfungstermins nunmehr auch der Schloßbesitzer von Kynau, Baron von Zedlitz-Neukirch aus der Haft entlassen, da nach Ansicht des Gerichts kein Fluchtverdacht mehr vorliegt. Baron Zedlitz-Neukirch hat sich am Mittwoch mit seinem Verteidiger zur Regelung wichtiger Angelegenheiten nach Berlin begeben.

Ja, ja die Schnellzugverbindung von Schweidnitz nach Italien ist nicht allzu günstig. Von Berlin gehen direkte F-D-Züge.

*

Auch Pastor Fuchs, der in der Kynauer Sprengstoff-Angelegenheit verhaftet worden war, ist entlassen worden, weil ein dringender Tatverdacht gegen ihn nicht vorliegt.

Auf dem Rückzug?

Professor Cohn liest nächste Woche wieder

Wie der Rektor der Universität, Professor Dr. Brockelmann, mitteilt, wird Professor Dr. Cohn seine Vorlesungen Anfang nächster Woche wieder aufnehmen.

* *

Und was hat der Senat beschlossen? Will man mit dieser lakonischen Notiz allem aus dem Wege gehen?

Flucht aus dem „Wohlfahrtsstaat"

Breslau, 10. Januar.

In der Nacht zum Dienstag verübte der 43jährige Steuerberater Max K. Selbstmord, indem er sich aus dem Fenster seiner im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung in der Kirchstraße hinausstürzte. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb K. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Lauban, 10. Januar.

Am Sonnabend brachte sich der erwerbslose Glasschleifer M. Kunz aus Hirschberg in einem Laubaner Restaurant einen Kopfschuß bei, dem er am Montag erlag.

Schweidnitz, 10. Januar.

In einem Schuppen des Feldspatwerks in Ströbel wurde der in den vierziger Jahren stehende Arbeiter Herda erhängt aufgefunden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Wirtschaftsnot ihn in den Tod getrieben hat.

SAP-Schlosser

Alle Auto-, Werkzeug-, Maschinen- und Konstruktionsschlosser, die im DMV organisiert und Mitglied der SAP sind, kommen am

Donnerstag, 12. Januar, 19 Uhr im Jugendheim, Sonnenstraße 39

zu einer wichtigen Besprechung zusammen. Jeder Genosse, der dieser Fachgruppe angehört, muß erscheinen. Parteimitgliedsbuch dient als Ausweis.

SAP-Metallarbeiter-Fraktion.

Immer mehr Arbeitslose

Weiteres Anwachsen in Breslau

Am Jahresende betrug die Gesamtzahl der vom Städtischen Fürsorgeamt unterstützten Erwerbslosen 52 762. Gegen das Ende des Vormonats ist ihre Zahl um 2484, gegen die Jahreswende 1931/32 aber um 13 689 gestiegen. Wir zählen jetzt in Breslau

auf 1000 Einwohner 85,5 Hauptunterstützte,

am Ende November waren es 81,6.

Auch beim Arbeitsamt ist im Laufe des Monats Dezember eine starke Vermehrung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen eingetreten, und zwar um 4 011 Hauptunterstützte, so daß die Gesamtzahl der vom Arbeitsamt Betreuten nunmehr 28 051 beträgt. Trotz der Steigerung der Erwerbslosenzahl beim Arbeitsamt in den Monaten November und Dezember hat das Arbeitsamt gegenüber dem Stande vor Jahresfrist ein Weniger von über 10 000 Betreuten aufzuweisen; wie die zahlenmäßige Entwicklung beim Fürsorgeamt erweist, hat die Betreuung eines diesen großen Abgang beim Arbeitsamt noch überschreitenden Bestandes durch das Fürsorgeamt übernommen werden müssen. Die Verschiebung der Belastung kommt durch den nachfolgenden Vergleich zum Ausdruck. Vor Jahresfrist unterstützten Fürsorgeamt und Arbeitsamt noch je etwa 50 Prozent, seit August v. J. aber betreut das Fürsorgeamt 65 bis 68 Prozent, das Arbeitsamt nur noch 35 bis 32 Prozent der unterstützten Erwerbslosen. — Rechnet man die von den Hauptunterstützten wirtschaftlich abhängigen Mitunterstützten hinzu, so wurden um die Jahreswende insgesamt

150 500 Personen wegen Arbeitslosigkeit

in Breslau unterstützt. Damit ist gegen das Ende des Vormonats eine Vermehrung um 11 500 Personen festzustellen.

Weiteres Anwachsen in Schlesien

Amtlich wird gemeldet: In der Zeit vom 16.—31. Dezember 1932 erfolgte eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes.

Die Zunahme der Arbeitsuchenden betrug 19 460.

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist während der Berichtszeit von 445 776 auf 465 236, die Zahl der arbeitslosen Arbeitsuchenden (in dieser Zahl sind Notstands- und Fürsorgearbeiter nicht mit enthalten) von 431 949 auf 457 102 gestiegen. Auf Grund ihrer Arbeitslosigkeit standen am 31. Dezember 1932 342 159, also rund 75 Prozent aller Arbeitslosen, in Unterstützung.

Ende Dezember 1931 war die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden mit 452 098 (330 920 in Nieder-, 121 178 in Oberschlesien) um 12 138 niedriger, als Ende Dezember 1932.

Es ist dies zweifellos im wesentlichen eine Auswirkung der veränderten gesetzlichen Bestimmungen für den Unterstützungsbezug (Bedürftigkeitsprüfung), die vielfach ein Fernbleiben Nichtunterstützter vom Arbeitsamt zur Folge haben.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug Ende Dezember 1931 365 067. Sie war also höher, als die entsprechende Zahl von Ende Dezember 1932.

*

Ein bemerkenswertes amtliches Zugeständnis dafür, daß Tausende von erwerbslosen Proleten von den Stempelstellen wegbleiben und — ohne es amtlich in der Stempelkarte beglaubigt zu haben — hungern.

Heute demonstrieren wir

gegen den Mordterror der SA und gegen die Schleicher-Regierung!

Wir fordern die Einheitsfront der Breslauer klassenbewußten Arbeiter zum Kampf gegen Kapitalismus und imperialistischen Krieg!

Stellplätze:

Sammelplatz I: Stadtteil West

Striegauer Platz 18.30 Uhr. Schalmeienkapelle.
Marschstraßen: Friedrich-Wilhelm-Straße, Wachtplatz Königsplatz, Reuschestraße, Büttnerstr., Engelsburg, Malergasse, Kupferschmiedestr., Neumarkt.

Sammelplatz II: Stadtteil Nord und Zimpel-Bischofswalde

Waschteich 18.30 Uhr. Spielmannszug „Ost".
Marschstraßen: Lehmdamm, Gneisenaustraße, Gneisenauplatz, Ritterplatz, Neumarkt.

Sammelplatz III: Stadtteile Ost, Südost, Süd, Südwest

Brausebad Teichäcker 18.30 Uhr. Kapelle des SJV.
Marschstraßen: Teichstraße, Taschenstraße, Poststraße Albrechtstraße, Lange Holzstraße, Neumarkt.

20 Uhr: Gemeinsamer Abmarsch ab Neumarkt

Marschstraßen: Messergasse, Oderstraße, Nikolaistraße, Königsplatz, Wachtplatz, Alsenstraße, Leuthenstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße, Striegauer Platz, Berliner Straße, Freiburger Bahnhof.

Die Sturmfahnen sämtlicher Distrikte sind mitzubringen!

SAP, SSB und SJV

Raubmord an einer Greisin

Beuthen OS, 10. Januar.

Am Montagabend wurde die 81jährige Witwe Julie Malecha in ihrer Wohnung, Piekarer Straße 25, mit schweren Schädelverletzungen bewußtlos aufgefunden. Die am Tatort erschienene Beuthener Mordkommission stellte folgendes fest. Die Ueberfallene hatte eine linksseitige Schädelbruchverletzung, das Schädeldach war eingeschlagen. Außerdem war das linke Schläfenbein zertrümmert. Diese Verletzungen sind Frau Malecha mit einem scharfkantigen Gegenstand beigebracht worden. Die Brust war blutunterlaufen. Es hat den Anschein, daß der Verbrecher sein Opfer, nachdem er es niedergeschlagen hatte, mit Fußtritten bearbeitet hat. Die Ueberfallene wurde in das städtische Krankenhaus gebracht, wo sie sofort operiert wurde. Sie ist in der Nacht, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ihren schweren Verletzungen erlegen.

Nach den vorhandenen Spuren hat zwischen dem Täter und seinem Opfer ein Kampf stattgefunden. Der Verbrecher hat anscheinend versucht, mit einer in der Wohnung vorgefundenen Schere drei Kommodenschubladen aufzubrechen; in der Wohnung ist nichts geraubt worden. Der Täter ist offenbar gestört worden, als eine Untermieterin der Witwe Malecha heimkehrte. Die Untermieterin fand die Wohnungstür von innen verriegelt und hörte in der Wohnung Tritte. Sie begab sich zum Nachbarn. Als sie nach etwa zehn Minuten zurückkehrte, war die Tür nicht mehr verschlossen. Die Witwe Malecha lag in ihrem Blute. Nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei hat am gestrigen Nachmittag ein 27- bis 28jähriger Mann in dem Hause bei mehreren Familien vorgesprochen und in versteckter Weise gebettelt. Er bat ferner um Aufträge von Schreibarbeiten.

224 Verkehrsunfälle

4 Tote im Dezember in Breslau

Breslau, 10. Januar.

Im Dezember 1932 wurden im Stadtgebiet Breslau 224 Verkehrsunfälle angezeigt. Bei den Unfällen wurden vier Personen getötet: ein 17jähriger Radfahrer, ein 15jähriger Fußgänger, ein neunjähriger Schüler und eine 47jährige Fußgängerin. 124 Personen wurden verletzt, davon 15 schwer.

Tödlich verunglückt

Breslau, 10. Januar.

Die 75jährige Ehefrau Emma F. stürzte in ihrer Wohnung in der Tauentzienstraße und zog sich einen Oberschenkelhalsbruch zu. Sie wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo sie an den Folgen dieser Verletzung sowie hinzugetretener Lungenentzündung nun verstorben ist.

Einstweilige Verfügung gegen die „Schlesische Tageszeitung"

Wie die gestrige „Volkswacht" meldet, hat sie gegen die „Schlesische Tageszeitung", die, wie wir bereits berichteten, im Zusammenhang mit dem Mord an dem Jungarbeiter Hanisch eine schamlose und geradezu unglaubliche Lügenhetze gegen die „Volkswacht" brachte, gegen die Redakteure der „Schlesischen Tageszeitung" eine Einstweilige Verfügung erreicht.

Vorsicht Glatteis

Reinigung der Promenadenwege

Da die Reinigung aller Promenaden- und der sonst durch die städtischen Grünanlagen führenden Wege im Winter wegen der damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten nicht durchgeführt werden kann, haben sich die städtische Gartenverwaltung und das Stadtamt für Leibesübungen zu einer Beschränkung veranlaßt gesehen. Das gilt insbesondere für die nicht gepflasterten breiten Mittelteile der inneren Stadtgrabenpromenaden und die durch das Stadion hindurch führenden Promenadenwege.

Gereinigt und gestreut werden dem Bedürfnis entsprechend bei Schnee und Glätte lediglich die Hauptverkehrswege.

Die Gartenverwaltung und das Stadtamt für Leibesübungen warnen daher vor der Benutzung der Nebenwege. Wer auf solchen nicht gereinigten Wegen geht und stürzt, hat den etwa erlittenen Schaden seiner eigenen Unvorsichtigkeit zuzuschreiben.

Tödlicher Verkehrsunfall

Liegnitz, 10. Januar.

Auf der Breslauer Straße wurde der 10jährige Schüler Gerhard Nigsch von einem Auto angefahren und getötet. Nach Zeugenaussagen ist der Junge neben einem Fuhrwerk hergelaufen und hat ein hinter dem Fuhrwerk kommendes Personenauto nicht bemerkt und auch die Hupensignale überhört, wahrscheinlich infolge des Geratters des Fuhrwerks. Im Augenblick, als das Auto das Fuhrwerk überholte, lief der Knabe plötzlich quer über den Fahrdamm in die Fahrbahn des Kraftwagens hinein. Obwohl dessen Führer beim Ueberholen die Geschwindigkeit vermindert hatte, konnte er nicht mehr rechtzeitig halten. Der Junge wurde von einer Scheinwerferlampe am Genick getroffen, sodaß der Tod, wahrscheinlich durch Bruch der Halswirbelsäule, eintrat.

Bei der Explosion einer Schellackflasche lebensgefährlich verletzt

Liegnitz, 10. Januar.

Bei dem Tischlermeister Liebert in Liegnitz ereignete sich am Dienstagabend in Abwesenheit des Meisters ein schweres Unglück. Der Lehrling versuchte eine Schellackflasche am Ofen zu wärmen. Sie explodierte und die Kleider des jungen Mannes gerieten in Brand. In Flammen gehüllt lief er unter Hilferufen auf die Straße, wo Passanten das Feuer erstickten. Der Lehrling wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo er mit schweren Brandwunden daniederliegt.

Eine Besitzung niedergebrannt

Lauban, 10. Januar.

Am Sonntag abend brach in der Besitzung des Stellmachermeisters Otto Gebhardt in Friedersdorf a. Qu. Feuer aus; der Besitzer war mit seiner Tochter unterwegs und das Grundstück vollkommen abgeschlossen. Trotzdem die Feuerwehr rechtzeitig zur Stelle war, konnte sie des Brandes nicht Herr werden. Das Grundstück brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Vieh konnte vollständig, das Mobilar zum größten Teil gerettet werden. Der Schaden beträgt etwa 20 000 RM. Soweit bisher festgestellt werden konnte handelt es sich um Brandstiftung. Die Brandkommission erschien sofort am Tatort und arbeitete die ganze Nacht hindurch an der Aufklärung des Brandes.

Sonderveranstaltung der PKG

Am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Proleton

§ 218

Es läuft der Tonfilm: „Aus dem Tagebuch einer Aerztin". Eintritt 30 Pfg.

*

Am 11. und 12. Februar findet im Rahmen von Sonderveranstaltungen der PKG zwei Gastspiele der „Roten Raketen-Berlin" statt. Haltet euch jetzt schon diesen Tag frei.

Vom vereisten Steg abgestürzt

Schönau, 10. Januar.

Der Arbeiter Scholz aus Nieder-Kauffung stürzte auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte von einem vereisten Steg mehrere Meter tief ab und erlitt einen Schädelbruch, dem er im Krankenhause erlag. Der Verunglückte stand im 33. Lebensjahr; er hinterläßt Frau und drei Kinder.

„Fünf Mark in 14 Tagen"

Die Kirche macht Vorschläge zum weiteren Lohn- und Unterstützungs-Abbau

Allerorts gibt es Kirchenblätter. Ihnen obliegt die besondere Aufgabe, den Einfluß der Kirche auch bei denen zu erhalten, die zwar der Kirchenkanzel, aber noch nicht der Kirchengemeinde den Rücken gekehrt haben. Diese Sonntagsblätter blühen wie Veilchen im Verborgenen. Verdeckt von Katechismusverschen und Bibelsprüchen werden den Lesern Seelenrezepte erteilt, die der Kleinbürger zur besseren Verdauung des Sonntagsbratens mit Behagen genießt. Ab und zu erscheint ein Artikel über Glockengießerei und Orgelbau und die letzte Seite wird regelrecht ausgefüllt von „Kindergottesdienst" und den von Gottes großmütiger Gerechtigkeit gleichermaßen verteilten „Freud und Leid" in der Gemeinde. Wird der geschulte Proletarier schon überall hier, sowohl in, als auch zwischen den Zeilen das ihm von der pfäffischen Hintermännern verabreichte Gift entdecken, so gibt es doch Tausende von Arbeitern, insbesondere Frauen, die diesen Seelenschmalz produzierenden Geistlichen auf den Leim gehen. Ihnen soll die nachfolgende „schöne Geschichte" voll unglaublicher Frechheit und geradezu empörender Verhöhnung der darbenden Massen, entnommen dem Kirchengemeindeblatt von Radebeul in Sachsen, ein Anlaß sein, solchen Blättern wie der Kirche als Ganzes auf immer Valet zu sagen.

Die in dem Kirchenblatt unter obiger Ueberschrift stehende „wahre Geschichte aus dem Herbst 1932" behandelt einleitend die christlichen Vorzüge eines alten 76jährigen Greises, deren Aufzählung wir uns ersparen können. Lediglich wo der Onkel anfängt, den Erwerbslosen vorzumachen, wie man von der Unterstützung noch sparen kann, wollen wir beginnen:

„Dieser alte Onkel erzählte mir kürzlich zu meinem Schrecken, er habe neulich am fünfzehnten Oktober nur noch sieben Mark gehabt, mit diesen sieben Mark habe er bis zum Monatsende ausreichen müssen. Da habe er zwar tüchtig rechnen müssen, aber, wunderbar, er habe gut gelangt, ja er habe noch zwei Mark in den vierzehn Tagen gespart."

Wie er das fertig brachte? Auf folgende Art:

„Also höre! Ein Stück Butter für 70 Pfennig reicht bei mir drei Wochen. Zwanzig Pfund Kartoffeln kosten 56 Pfennig, damit kam ich weit. Ich kochte immer für drei Tage und aß dann drei Tage hintereinander immer dasselbe. Im Ofen heizte ich nur, wenn ich backte, sonst kochte ich auf Gas. Montag bis Mittwoch aß ich Graupen mit Möhren, Donnerstag bis Sonnabend Kartoffelstückchen mit Möhren, dann einmal Nudeln drei Tage lang und die nächsten drei Tage Rotkohl mit Kartoffeln. Jeden Tag machte ich mir immer mittags einen Tiegel voll Essen warm, das ergab gerade einen voll gehäuften tiefen Teller, davon wurde ich satt. Sonntags konnte ich mir natürlich kein Fleisch leisten, das mußte ich ein paar Wochen lang ausfallen lassen. Mit einem Vierpfundbrot für 52 Pfennig reichte ich acht Tage lang. Hin und wieder backe ich mir ja auch sonst ein paar runde Aschkuchen zum Frühkaffee. Da nehme ich fünf Pfund Mehl und nie zwei Pfund gekochte und zerriebene Kartoffeln hinein, dazu ein Pfund Zucker für 34 Pfennig, dann etwas Speiseöl, vermischt mit ausgelassenem Rindstalg, das Speiseöl zu 40 Pfennig das Pfund, dazu Ersatzmandeln und Zitrone. Das gibt einen feinen süßen Kuchen, der ist billiger als Butterbrot. Abends aß ich einen halben Bückling zu acht Pfennig, mal auch einen ganzen, und zum Nachmittagskaffee kaufte ich mir altbackene Semmeln, die weichte ich mir ein, und der gute Bäcker gab mir immer für 20 Pfennig einen halben Sack voll. So bin ich herrlich durchgekommen die vierzehn Tage. Ach, mein guter gnädiger Gott hat mir soviel zu essen gegeben, daß ich noch übrig hatte! Ich konnt' es alles gar nicht aufessen, glaub mir's!"

Da haben wir's. Und wir bildeten uns ein, die Unterstützungssätze der Erwerbslosen seien bei weitem zu niedrig, um auch nur die primitivsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Besagter Onkel präsentiert jedoch ein Rezept, dessen Durchführung aus hungrigen Arbeitslosen satte, zufriedene Menschlein macht. Damit dieses Märchen aber seine Wirkung tut und nicht nur die höchstpersönliche Angelegenheit eines armen, bedauernswerten Greises bildet, sondern sozusagen der Lösung der sozialen Frage dient, hat ein interessierter Federfuchser das alles für das Kirchenblättl niedergeschrieben und mit folgendem Schluß versehen:

„Also berichtete mir mein alter Onkel. Ich aber dachte, das mußt du niederschreiben und weitergeben. Nicht etwa, um nun zu sagen: Da seht ihr, der langt auch, warum seid ihr unzufrieden? Nein. Die Not ist furchtbar bitter. Aber eines doch wohl können wir von diesem alten Manne lernen. Genügsam sein mit Freuden, darben mit einem Lob Gottes auf den Lippen. Deswegen wollen wir alle trotzdem unermüdlich beten und arbeiten, daß bessere Zeiten kommen. Aber das sah ich doch wieder an meinem alten Onkel: ein Christ ist ein Wundermensch. Mit fünf Mark in vierzehn Tagen lobt er Gott. Anstatt zu maulen und zu wettern, ist er fröhlich, und sein Mund fließt über vom Lobe Gottes. Das macht kein anderer einem Christen nach."

Wahrlich, das macht keiner nach. Weder von den Herren Pastoren, deren Mund doch auch „überfließt" vom Lobe Gottes, noch von den kirchlichen Hintermännern mit Riesengehältern. Aber für die ist diese Methode „Sei bedürfnislos!" ja auch nicht berechnet. Nur für die unter 300 Mark Gehalt gelten diese schöne Anregungen, bei deren Lesen jedem Unternehmer das Herz im Leibe lacht. Hören wir:

„Ich möchte gar zu gern mit dieser Geschichte jedermann anstecken. Ich möchte jedermann anstecken, daß er auch fröhlich wird bei aller Armut. Vielleicht hast du viel mehr als fünf Mark in vierzehn Tagen, aber du schimpfst ganz gotterbärmlich. Undankbarer du, du dankst nicht für deine 100 oder 200 oder 300 Mark im Monat, sondern schimpfst und donnerst. Lerne von dem Alten im weißen Barte loben und danken und fröhlich sein und geistvoll und liebevoll sein dazu, auch bei geringem Brot."

Alles in allem ist dieser christliche Schmus nichts Neues. Nur die Unverschämtheit frappiert, mit der er vorgetragen wird. Die gesamte Arbeiterschaft muß lernen, die Kirche als gefährliche Hilfstruppe des Kapitalismus zu erkennen. Wer so der grenzenlosen Not der Massen höhnt, wie es hier durch wohlbezahlte Kirchenbeamte geschieht, der verdient unbedingte Verachtung und einen Fußtritt dazu.

Familientragödie aus wirtschaftlicher Not

Gräfenhainichen (Kr. Bitterfeld), 9 anuar.

Der 42jährige Tischlermeister Fritz Klemm erschoß gestern nacht sein achtjähriges Töchterchen, verletzte seine 36 Jahre alte Ehefrau durch einen Kopfschuß lebensgefährlich und tötete sich dann selbst. Die Tat erfolgte im Einverständnis der Eheleute und dürfte auf wirtschaftliche Not zurückzuführen sein.

Heute, Mittwoch

tagen folgende

DMV-Branchenversammlungen

mit Neuwahl der Branchenleitung und Generalversammlungsdelegierten.

Metallarbeiter der städt. Betriebe

19.30 Uhr, im Zimmer 5, Gewerkschaftshaus.

Gold- und Silberarbeiter

19.30 Uhr, im Zimmer 17, Gewerkschaftshaus.

Gürtler- und Gelbmetallarbeiter

19.30 Uhr, im Zimmer 15, Gewerkschaftshaus.

Alle DMV-Genossen werden verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. DMV-Mitgliedsbuch muß unbedingt mitgebracht werden. Ohne Mitgliedsbuch nicht abstimmungsberechtigt.

Donnerstag den 12. Januar 1933

findet 19.30 Uhr, im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses die

Branchenversammlung d. Chirurgie- u. Orthopädie-Mechaniker statt.

Und wieder in Premnitz

Ein Arbeiter schwer, zwei leicht verletzt

Nachdem erst vor fünf Wochen das Premnitzer Werk der I. G. Farbenindustrie von einer größeren Explosionskatastrophe, die dreizehn Menschen das Leben kostete, heimgesucht wurde, ereignete sich gestern nachmittag gegen 1,45 Uhr abermals eine Explosion.

In der Pumpstation der Seidenfabrikation explodierte ein Behälter mit Kohlenstoff,

der infolge fehlerhafter Bedienung der Pumpen überfüllt wurde und zum Platzen kam. Durch die Explosion wurde das Dach des Gebäudes abgedeckt, während die Giebelwand mehrere größere Risse aufweist. An der Vorderseite flogen mit dumpfem Knall die Scheiben heraus, eine schwere eiserne Tür wurde herausgerissen und zehn Meter weit fortgeschleudert. Der Schlosser Friedrich, der dort zu tun hatte, wurde schwer verletzt ins Rathenower Krankenhaus eingeliefert.

Dieses Unglück trifft die Familie des Arbeiters Friedrich um so schwerer, als vor drei Jahren der Vater Friedrichs im Schwefelkohlenstoffbetrieb des Werkes tödlich verunglückt war. Mehrere andere Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen, Schnittwunden usw. davon. Die Werksfeuerwehr war alsbald zur Stelle und beseitigte weitere Gefahrenmöglichkeiten.

Glücklicherweise entzündete sich der Schwefelkohlenstoff nicht,

der bekanntlich eine Entzündungstemperatur von nur 39 Grad Celsius besitzt, wodurch eine Brandkatastrophe von unabsehbarem Ausmaß vermieden wurde.

*

Wie die Nachrichtenstelle des I. G. Farben-Konzerns mitteilt, wurden ein Arbeiter schwer, zwei weitere leicht verletzt. Ein Zusammenhang mit der großen Explosion im Dezember vorigen Jahres soll, wie die Gesellschaft versichert, nicht bestehen.

Das Eisenbahnunglück bei Bukarest

Bisher 10 Tote, 25 Schwerverletzte
Das Begleitpersonal des Schnellzuges verhaftet

Budapest, 10. Januar.

Der „Pester Lloyd" bringt Einzelheiten über das Eisenbahnunglück in der Nähe von Bukarest. Danach erlitt heute früh um 1/27 Uhr etwa 12 km von Bukarest entfernt der Personenzug einen Maschinenschaden. Der Lokomotivführer wußte, daß der auf derselben Strecke folgende Schnellzug etwa 20 Minuten hinter ihm lag und hielt seinen Zug an. Der Führer des Schnellzuges aber hatte die fahrplanmäßige Geschwindigkeit bei weitem überschritten, so daß der Zeitabschnitt nicht eingehalten wurde. In der Dunkelheit fuhr der Schnellzug mit einer Geschwindigkeit von 60 Stundenkilometern in die letzten Wagen des Personenzuges hinein. Fünf Wagen dritter Klasse, in denen sich größtenteils Bauern befanden, wurden völlig zertrümmert. Hilfszüge, Lastkraftwagen, Militär, darunter technische Truppen, wurden aufgeboten, um die Verwundeten aus den Trümmern zu bergen und in die Krankenhäuser zu bringen.

Bis zu den Mittagsstunden wurden 10 Tote und 25 Schwerverletzte geborgen.

Nach den bisherigen Feststellungen trifft den Lokomotivführer des Schnellzuges die Schuld. Er, sowie das gesamte Begleitpersonal des Schnellzuges wurden verhaftet.

Was ist auf Mac Elliot los?

Ein finnisches Dementi

Helsingfors, 10. Januar.

Zu den im Auslande verbreiteten Nachrichten über eine schwere Explosions- und Brandkatastrophe auf dem Inselfort Mac Elliot im Bereich der Seefestung Sveaborg erklärt die Finnische Telegraphenagentur: Auf der Insel Mac Elliot, auf der zur Zeit nur ein unbedeutendes Militärkommando stationiert ist, sind sieben Holzbaracken durch Brand zerstört worden. Die Befestigungswerke sind längst demoliert und der Insel kommt keinerlei militärische Bedeutung mehr zu. Bei dem Brande ist niemand getötet oder verletzt worden.

*

Dieses Dementi ist zu offensichtlich nach militär-politischen Gesichtspunkten gegeben, daß man es so ohne weiteres glaubhaft finden kann.

Opium beschlagnahmt

Wie das Echo de Paris aus Marseille berichtet, wurden gestern früh, als der Orient-Passagierdampfer Pierre Loti einlief, 900 Kilogramm Opium von den Zollbeamten beschlagnahmt. Das Rauschgift war in einem Kohlenbunker versteckt.

Explosion eines Madrider Gasreservoirs

Ein Teil der Stadt wurde gestern abend infolge der Explosion eines Gasreservoirs in Dunkel gehüllt.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21 III Telephon 567 68

Die Geschäftsstelle und Expedition der SAZ sind für den öffentlichen Verkehr täglich ab 14 Uhr geöffnet. In den Vormittagsstunden müssen die Büros geschlossen bleiben, um eine ordnungsmäßige Erledigung aller Arbeiten durchführen zu können. Wir bitten alle Genossen dies zu beachten. Die Abrechnung der Kolporteure erbitten wir aus dem gleichen Grunde in der Zeit von 14—16 Uhr.

Distrikt 9 fällt heute wegen der Demonstration die Distriktsversamm

SAP Stadtteil Süd-West. Distrikt 1, 2, 3, 4, 5, 36, 38. Frauen! Unsere Arbeitsgemeinschaft findet wegen der Demonstration erst am Donnerstag, den 12. Januar, 20 Uhr, bei Nickel, Opitzstraße 84, statt.

Sozialistische Arbeiterhilfe

Alle 5 Pfg.-Karten der SAH sowie die Sammellisten sind endgültig im Laufe des Monats Januar abzurechnen. Die Abteilungsleiter der SAH werden ersucht, die übrigen Karten, Sammellisten und Gelder einzuziehen. Alle Genossen, welche Karten und Sammellisten erhalten haben, werden gebeten, diese bei der zuständigen Stelle abzurechnen. Abrechnungsstellen sind

Heinrich, Rosenstraße 16
Zapke, Brüderstraße 81
Augustiniak, Auenstraße 31
Felgentreu, Antonienstraße 31
Sacher, Kopischstraße 64
Klose, Bärenstraße 14.

Allen Spendern und Helfern bei unserer Sammelaktion sagen wir hiermit unseren besten Dank.

Der Vorstand der SAH.

Achtung! Jugend-Erziehungsberatung! Die Beratungen finden jetzt alle Montage um dieselbe Zeit im Büro, Gartenstraße 21, statt.

Der Bericht über die Arbeit des vergangenen Jahres ist immer noch fällig. Es wird ersucht, denselben sofort im Büro abzugeben.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung! Engerer Vorstand. Nicht Mittwoch, sondern Donnerstag findet um 20 Uhr die engere Vorstandssitzung statt. Jeder erscheint im Heim Friedrich-Wilhelm-Straße..

Achtung! Erweiterte Vorstandsmitglieder und Helfer sind Freitag, den 13. Januar, zu wichtiger Sitzung im Heim, Sonnenstr. 39. Tagesordnung: Bericht vom Winterlager und Jahresarbeit 1933. Jeder muß anwesend sein.

Kleine Sportnachrichten

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund. Anläßlich des 10jährigen Bestehens des DAMB findet am Montag, den 23. Januar, 20 Uhr, im Schießwerder ein Mandolinenkonzert statt. Wir bitten alle Parteigenossen, Gewerkschafter, Freunde und Gönner unserer Bewegung, um zahlreiche Unterstützung. Eintritt 15 Pfg.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate Herbert Scholz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21 3 Treppen. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto-Nr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

STADTTHEATER

Mittwoch, 20—22.4
Abonn.-Vorst. B 9
Friedemann Bach

Donnerstag, 20—22.45
Abonn.-Vorst. D 9
Idomeneo

Freitag, 19—22.45
Abonn.-Vorst. C 9
Der Rosenkavalier

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.15
Kind im Schatten

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Mittwoch 15.30—17.30
Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

Täglich 20.15—22.30
Auslandreise

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 19. Januar 1933
vormittags 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 100000
Bietungskaution RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

saz buchvertrieb
jetzt auch **gartenstraße 21**
bietet ständig große auswahl in guten u. preiswerten büchern. besonders empfehlenswert u. a.:
fritz sternberg, niedergang des deutschen kapitalismus, ganzleinen, nur mk. 4.50
m. n. roy, revolution und konterrevolution in china broschiert, nur mk. 2.—
rote bücher, broschüren, arbeiter-kalender, „roter pionier".
nach auswärts wird porto berechnet.

Was will die SAP?
Prinzipien-Erklärung
Aktionsprogramm
Mit einem Vorwort von Paul Frölich
brosch. 10 Pfg.
Erhältlich im Parteibüro, bei den Zeitungshändlern und Funktionären

Der Kampf mit dem Hamster

Humoreske von JAROSLAV HAŠEK

(Fortsetzung und Schluß)

Der Bräutigam betrachtete einstweilen mitleidig Herrn Honzatko und dachte, es sei wohl nicht alles mit ihm in Ordnung, da er einen so merkwürdigen Sport betreibe. Ich weiß nicht, ob Meerschweinchen Sinn für Mitleid haben. Haben sie ihn, dann bedauerten sie gewiß, daß sie sich gegen ihre Wohltäter so gemein benahmen. War es doch so gemütlich in ihrem neuen Heim! Eine nette, bunte und anständige Gesellschaft, und dann, wohin das Auge schweift, überall Seegras, mit dem das Kanapee ausgestopft ist. Es ist bekannt, daß Meerschweinchen alles fressen. Ich hatte einmal ein Meerschweinchen, das während meiner zweitägigen Abwesenheit ein Album mit Photographien auffraß und die lieben Gesichter aller meiner Verwandten in schwarze Kügelchen verwandelte. Auch zeigte es sich, daß sich Brehm sehr geirrt hatte, zumindest im Falle des Kanapees der Familie Honzatko. Die Frettchen vertrugen den Gestank der Meerschweinchen recht gut und verließen nicht ihr Lager. Der Hamster wärmte sie opferwillig, und die Meerschweinchen schmiegten sich an die Frettchen, so daß im Innern des Kanapees wahrer paradiesischer Friede herrschte. Deshalb wurde großer Familienrat gehalten.

Der Bräutigam mischte sich auch hinein, konnte sich, ins zoologische Fahrwasser geraten, nicht an der Oberfläche der Neutralität halten und begann von einem Igel zu sprechen. Er sagte recht logisch, ein Igel habe Stacheln, die stechen. Stecke man also einen Igel ins Kanapee, werde er alle mit seinen Stacheln von dort ausstechen, denn, da sie schon so hübsch beisammen waren, würden sie gewiß auf den Einfall kommen, den Igel zu wärmen, aber da würden sie sich verdammt hineinlegen. Er machte sich auch erbötig, einen Igel zu kaufen.

„Kaufen Sie lieber gleich zwei, Herr Kurzweil", sagte Frau Honzatko fürsorglich.

Herr Kurzweil entfernte sich daher und murmelte noch in der Tür, daß so ein Igel auch Schaben fresse. Die Igel, mit denen er zurückkehrte und die Einrichtung des Heims vervollständigte, waren melancholische Kerle. Als er sie auf dem Fußboden auspackte, räkelten sie sich, steckten aus den Stacheln ihre Rüssel hervor, schauten traurig umher, stießen ein „tl, tl" aus und rollten sich zu einer stachligen Kugel zusammen. Diese zwei Kugeln stopfte Herr Kurzweil dann in Handschuhen ins Kanapee.

Dort wurde ein zorniges Fauchen und Pfeifen laut, in der Oeffnung tauchte der Kopf des aufgeregten Hamsters auf, als wolle er fragen, was das für eine Wirtschaft sei, dann verschwand er wieder im Innern.

Im Innern des Kanapees herrschte wieder Ruhe. Der zoologische Garten der Familie Honzatko war in einen gesunden Schlaf verfallen. Als niemand aus dem Kanapee herauskroch, beschloß man, die Hochzeit um einige Tage zu verschieben.

Herr Kurzweil träumte, er müsse die Igel mit gefleckten Hyänen und die gefleckten Hyänen mit Jaguaren aus der Wohnung vertreiben, und der ganze Traum endete mit dem entsetzlichen Anblick abgenagter Knochen in der Küche Honzatkos, den Knochen der Schwiegermutter und des Schwiegervaters.

Herr Honzatko war inzwischen nicht müßig, und die Direktion des Gymnasiums, in dem sich sein Söhnchen in keiner Weise hervortat, erhielt von ihm folgenden Brief, den der Herr Direktor durchaus nicht verstand:

„An die hohe Direktion des Gymnasiums in der Heinrichgasse. Der Unterfertigte bittet das hohe Gymnasium ehrerbietigst, in Anbetracht veränderter Familienverhältnisse unverzüglich Schritte einzuleiten, um den Hamster, der sich bei dem Unterfertigten in Pflege befindet, abzuholen und auszustopfen. Mit vorzüglicher Hochachtung. Wenzel Honzatko, Kassierer, Zizkov, Karlsgasse 5."

Der Herr Direktor ließ den jungen Honzatko rufen und fragte ihn teilnahmsvoll, ob sein Vater häufig solche Briefe schreibe. Honzatko sagte, er wisse nicht. Hierauf fragte ihn der Direktor noch, ob sein Vater nie in irgendeiner Anstalt oder einem Sanatorium gewesen sei. Um nicht immer nein zu sagen, nickte Honzatko diesmal zustimmend mit dem Kopf.

„Wir müssen ihn beruhigen", dachte der Herr Direktor, und so erhielt Herr Honzatko folgenden Brief:

„In Beantwortung Ihres Schreibens müssen wir Ihnen zu unserem größten Bedauern mitteilen, daß die Direktion des Gymnasiums auf das Ausstopfen nicht reflektiert. Die Anstaltsdirektion."

Nachdem er diesen Brief gelesen hatte, begab sich Herr Honzatko aufgeregt zum Schinder, wo man ihm sagte, es sei nicht zulässig, auf amtlichem Wege Tiere in Privatwohnungen umzubringen. Inzwischen hatte Hans seinen Atlas verkauft und für den ganzen Erlös Futter erstanden und ins Kanapee geschüttet, damit die Tiere keinen Hunger litten.

So verflossen vierzehn Tage. In Prag herrschte Lebensmittelnot. Und unten im Hause lebte der Hausbesorger, ein wackerer, zu allem entschlossener Mann. Er kam mit einer Axt bewaffnet. Schweigend wies man auf das Kanapee und schloß die Zimmertür. Schläge aufs Kanapee, Pfeifen, Fauchen, Brummen wurde hörbar.

Am folgenden Tag fand die Hochzeit statt und das Diner im Hause Honzatko bestand aus folgenden Speisen:

„Frettchensuppe, gekochte Frettchen mit Essigkren, Hamsterbraten mit Kartoffeln, Meerschweinchen auf Kümmel, Igelpastete."

Und der junge Honzatko, der Schöpfer dieses Ueberflusses, saß bescheiden am Tisch und nagte, in diesem historischen Augenblick nicht gewürdigt, tränenden Blickes das gebratene Köpfchen seines unglücklichen Hamsters ab.

Gelehrte steigen in einen Vulkan

Drei Stunden neben siedender Lava

Vor kurzem berichteten Telegramme von der kühnen Expedition, die zwei Gelehrte, Paul Muster und Arpard Kirner, in die vulkanische Hölle des Stromboli unternahmen. Römische Zeitungen bringen nun Einzelheiten über dieses Unternehmen von phantastischer Verwegenheit.

Die beiden Forscher hatten sich den Stromboli für ihre Untersuchungen ausgesucht, weil er der einzige in ständiger Tätigkeit befindliche feuerspeiende Berg in Europa ist. Die Explosionen, der Aschenregen und die Eruption der Lava hören bei dem Stromboli niemals auf.

Die beiden waghalsigen Forscher waren in dicke Asbestanzüge gekleidet, mit einer Gasmaske mit feuerfesten Helmen und Sauerstoffapparaten ausgerüstet. Außerdem trugen sie ein paar besonders imprägnierte feuerfeste Schuhe.

Ueber ihre Eindrücke berichten die Forscher, daß die Schwefeldämpfe zunächst den Krater in einen eigentümlichen Farbenglanz hüllten, der an ein Kaleidoskop erinnerte.

Der Boden unter ihren Füßen war zwar fest, aber die beiden Forscher maßen eine Temperatur von mehr als 100 Grad Hitze

Wegen des Gemisches von Schwefeldämpfen mußten beim tieferen Eindringen in den Krater die Sauerstoffapparate in Betrieb gesetzt werden. Mit der Außenwelt waren sie durch ein 300 Meter langes dickes Asbestkabel verbunden, das eine elektrische Leitung für die Grubenlampe und eine besondere für Lichtsignale an die außenstehenden Beobachter enthielt.

So ausgerüstet trat Kirner seinen Rundgang im Krater an. Auf seinem Grund gähnten mehrere Gruben mit einem Durchmesser von drei bis zehn Metern, in denen siedende Lava wie in einem Kochkessel brodelte. Von Zeit zu Zeit bildeten sich große, mit Getöse platzende Blasen, die dicke Steine und weißglühende „Pfeile" ausschleuderten. Die Pausen zwischen den Explosionen benutzte der Forscher, sich den Gruben zu nähern. An einer Stelle stieß Kirner auch auf einen wogenden See von siedender Lava, der in Abständen feurige Steine in Kürbisgröße und Blöcke von dichter Asche auf den Krater hinauswarf, wo sich die Asche in einen pulverisierten schwarzen Regen verwandelte. Nach etwa drei Stunden, als der Sauerstoff verbraucht war, ließ sich Kirner auf den Kraterrand hinaufziehen.

Damit nicht genug, unternahm der Forscher einige Zeit später mit seinem Freunde Muster, auf die noch nie von einem Menschen betretene sogenannte „Feuerebene" des Stromboli", an der Außenseite des Kraters, einen Rundgang.

Die beiden wissenschaftlichen Kundschafter trugen bei dieser Expedition eine Stahlrüstung zum Schutz gegen den Steinschlag.

Dennoch hätten sie ihren Wagemut beinahe mit dem Tode gebüßt. Sie konnten sich im letzten Augenblick wie durch ein Wunder vor einem etwa fünf Kubikmeter großen herabrollenden Block retten, der die ganze Aschenhalde wie eine Lawine in Bewegung brachte. Geistesgegenwärtig warfen die beiden Forscher die schweren Panzerrüstungen ab und ließen sich, in die weiche Asche eingehüllt, den Hang hinunterrollen, wo sie vollkommen erschöpft bei ihrer Mannschaft landeten.

Das Trümmerfeld auf dem Deck der „L'Atlantique"

Die erste Aufnahme, die auf dem Riesendampfer „L'Atlantique" nach der Brandkatastrophe gemacht werden konnte. Sie zeigt die furchtbaren Verheerungen, die das Feuer auf dem Schiff anrichtete.

Zeitschriften

„Solidarität" neu erschienen

Die Januar-Nummer der „Solidarität", des im dritten Jahrgang erscheinenden Organs der Internationalen Hilfs-Vereinigung ist soeben erschienen. Das Januar-Heft bringt an der Spitze einen Gedenk-Artikel für Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Lenin, der in gedrängter Form eine Würdigung dieser großen Vorkämpfer der Arbeiterklasse gibt und die Lehren aus den Januarkämpfen von 1919 zieht. Die Streiflichter bringen verschiedene interessante Tatsachen aus dem Wüten der bürgerlichen Klassenjustiz und des weißen Terrors. Ein weiter Raum ist dem Protest gegen das unerhörte Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl gewidmet. Eine Reihe äußerst bemerkenswerter Proteste gegen das Urteil werden in der „Solidarität" wiedergegeben.

Ein Artikel befaßt sich mit der soeben durchgeführten Amnestie in Deutschland und zeigt auf, wie wenig die gegenwärtige Amnestie die berechtigten Forderungen erfüllt, die im Kampf für die Freilassung der proletarischen Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz erhoben werden müssen.

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

57)

„Luscha, liebst du Grischanja wirklich?"

„Ihn? Ich? Aber mein Liebes! Wie könnte ich ihn denn nicht lieben?"

„Du liebtest doch aber auch Guljaka?"

Sie lachte wie ein Glöckchen, und es kam mir vor, daß die Funken auf dem Schnee ebenso lachten wie sie. Sie lachte und wiederholte immer wieder, wie ein ganz junges Mädchen, mit einem geheimnisvollen seltsamen Spiel in der Stimme:

„Nein, nein . . . ist es denn möglich? . . . Nein, nein! . . . Da war etwas ganz anderes, mein Liebes."

Ich erschrak plötzlich, preßte ihre Schulter zusammen und fragte aufgeregt:

„Luscha, du bist schwanger?"

Sie lehnte sich an meine Schulter und lachte glücklich auf, dann begann sie unerwartet zu weinen.

„Galotschka! . . . Das ist zum erstenmal bei mir. Wie du mir leid tust, Goldährlein! . . . Du lebst wie ein einsames Blümchen und hast keine wirkliche Freude . . . lieben mußt du: Galotschka! Das ist gut, das ist notwendig, das ist unermeßliches Glück. Lieben mußt du: du bist eine Mutter . . . nicht wie eine taube Blüte lieben . . . taube Blüten geben weder Liebe noch Freude. Liebe deine Mutterschaft. . . . Galotschka . . . ich habe dch erst jetzt das erkannt und gefühlt . . . nicht ich liebe ihn, das Kind in mir liebt ihn . . . zur Welt will es kommen . . . ins Leben reißt es sich . . sehn sich . . . Es schreit in mir . . . und ich selbst bin nicht ich."

„Vielleicht freust du dich vergebens, Luscha, vielleicht bist du gar nicht schwanger. . ."

Sie lachte wieder ihr klingendes Trillerlachen, ergriff meine Hand und legte sie auf ihren warmen Leib:

„Eineinhalb Monate, Galotschka, sind es schon . . ich weiß es selbst und auch der Arzt sagt es."

„Das ist noch zu früh, Luscha. Der Arzt kann sich irren."

„Ach was, der Arzt, ich weiß es selbst. Es ist in mir! Es lebt! Mein ist es! Lieben sollst du, Galotschka, lieben! Du liebst ihn doch, du liebst doch Andrej Ssemjonowitsch!"

„Ich, was fällt dir ein, Luscha?"

Ich blieb, erschüttert von ihrer Sicherheit über meine Liebe zu Wjetrow, stehen und wußte nicht, was ich sagen sollte. Ich? Ich liebe Wjetrow? Ich horchte in mich, bis zu den heimlichsten Tiefen meines Innern hinein und hörte nichts. Nein, ich liebe nicht Wjetrow, und der Gedanke an ihn als einen Mann ist mir widerwärtig.

„Nein, Luscha, du irrst dich. Wir lieben nicht einander . . weder er mich, noch ich ihn."

„Ach, warte nur, Liebstel Du weißt es noch nicht, du bist noch mit deiner Mädchenblindheit geschlagen. Du trägst noch dein Jungfrauenhemd, du bist noch wie ein Säugling. Für die Liebe braucht man Freiheit, Sonne! Aber wie Andrej Ssemjonowitsch dich vergöttert! Galotschka!"

„Das ist seine Sache, ich aber kenne mich und bin für mein Gefühl verantwortlich. Ich brauche ihn nicht. Ja! Ich liebe ihn, ich achte und schätze ihn sehr. Er ist mir ein guter Freund und Genosse."

Voller Mitleid und Lachen in den Augen blickte Luscha mich an und zwinkerte schlau mit den Augen. Was ist doch die Liebe eigentlich für eine egoistische Sache! Sie ist prahlerisch und selbstgefällig. Etwas Beleidigendes ist in ihr, wenn sie rast und siegt.

Es wurde mir traurig zumute. Ich beneidete Luscha um ihr Glück. Vierundzwanzig Jahre bin ich alt: der Höhepunkt des Mädchenalters. Warum bin ich bis jetzt den Rufen der Liebe gegenüber taub? Bin ich wirklich unfähig diese stürmischen Freuden des Blutes zu erleben? Oder vielleicht ist der Vater meines künftigen Kindes noch nicht erschienen, wenn mein Blut bis jetzt nicht heftiger klopfte, das Blut, das unwiderstehlich jenem entgegenströmt, der auf den ersten Blick uns erschüttert und unser ganzes Wesen mit einem rebellierenden Schrei erfüllt.

Luscha stöhnte plötzlich auf und prallte von mir weg.

„Ach, was mache ich denn, Liebes? Wie konnte ich es vergessen? Er ist doch bei mir, erwartet mich, legt sich sicher auf, ich kann nicht länger. . . ."

„Geh, Luscha, geh, Liebstel"

Mit eiligen Schritten lief sie über den knirschenden Schnee zum Wohnhaus. Glückliche Luscha! Wie wird sie die Begegnung mit Guljaka ertragen? Und wie wird er sein Unglück tragen? Im Frühling muß er wiederkommen. Dann wird ihr Leib ihn frech verspotten.

Die Wanderratte

Ich ging noch lange über die vereisten Wege an den Gebäuden entlang, und in dieser mondhellen Unendlichkeit, in diesem schneeigen Flimmern der Nacht weckte die ungewohnte Einsamkeit beunruhigende Vorahnungen in mir. In meiner Seele, in ihren Tiefen, die ebenso flimmerten wie diese sternenreiche Schneenacht, war ich ebenfalls einsam, und es war mir unheimlich von diesem toten Glanz, es war mir unheimlich, in das unverständliche Tosen meiner Seele hineinzuhorchen. Nein, ich liebe nicht die Einsamkeit, ich fürchte die Einsamkeit: es ist etwas Schreckliches, Zottiges in ihr, sie hat etwas von unseren vorsintflutlichen Ahnen an sich.

Auf dem Wege nach Hause traf ich mit einem Wachposten zusammen. Das war Lukjanytsch, ein hagerer, kleiner, alter Mann, mit einem spärlichen Bärtchen. Lukjanytsch trug ein Gewehr über der Schulter. Er runzelte das Gesicht in einem Lächeln und in seinen Augen spielten Fünkchen.

„Ich stehe hier Wache, wie ein Soldat vor einem Zuchthaus, und was ist hier zu bewachen? Das Leben kann man nicht bewachen. Das Leben, Freund, ist wie Wasser, es fließt einem zwischen den Fingern weg. Und der Mensch ist ein Betrüger: je strenger du ihn bewachst, um so schlauer und geschickter wird er. Was du auch nicht alles Neues erfindest, Freund, aber neue Ketten kannst du nicht erfinden. Die Menschen leben unruhig und wiederholen in einem fort: Freiheit! Freiheit! In einem ewigen Kerker sind die Menschen und immer bewachen sie sich selbst. So zum Beispiel hier die Kommune. Freiheit! Freiheit! Und da hast du hier! . . . (er kicherte bös in den Bart hinein) . . . da hast du hier ein neues Gefängnis . . . und noch was für ein Gefängnis! Mit Ketten und Fesseln!"

„Wozu bist du dann hergekommen, Lukjanytsch? Wärst du im Dorf geblieben, dort ist das Gefängnis nicht so streng."

Er stach mich mit dem Funken seiner Aeuglein und klopfte mit dem Finger auf meine Schulter.

„Ich bin ein Landstreicher, Freund, ein Händelmacher. Ich liebe das Dorf nicht. Das Wasser fließt nicht unter einem fest an der Erde klebenden Stein. Und der Mensch ist satt, wenn man ihn bewacht. Mein Leben war immer hungrig und regnerisch. Ich habe ganz Rußland abgenagt. Ich kenne Sibirien und war in der Tajga. Ich kenne den Kaukasus, und ich lebte mit den Bergvölkern zusammen. Ich war im Jakutsker Bezirk bei den Goldminen. Man jagte hinter mir, wie hinter einem Tier, und ich, ich jagte nach anderen Menschen. Freiheit ist eine unheimliche, eine heimatlose Sache: nicht jeder kann sie ertragen. Alles ist schon dagewesen. Was ist Freiheit: Herumirren ohne Ende und ohne Ziel. Der Mensch will ein Gefängnis, eine Masse, eine Herde, damit er keine Angst habe und damit er bewacht werde. Und in einem fort denkt er darüber nach, wie er sich das Gefängnis am besten einrichten könnte . . . Da ist zum Beispiel die Elektrizität. Was ist das? Da gehe ich hier mit dem Gewehr herum, ich mache aus mir einen gehenden Zaun. Die Elektrizität aber, das ist eine unauslöschliche Wache, ein niemals schlafendes Auge. Und der Mensch ist — ein Dieb."

„Aber Lukianytsch, mit solchen Gedanken kann man nicht in einer Kommune leben. Du hast dich geirrt, als du in die Kommune kamst."

(Fortsetzung folgt)

Leo Trotzki:

„Sowjetwirtschaft in Gefahr“

II.

Die Lage in der Landwirtschaft

Wie in der Industrie die Jagd nach Rekordzahlen ihren Einfluß auf die Qualität der erzeugten Produkte nicht verfehlen konnte, so hat sie auch in der Landwirtschaft verhängnisvolle Folgen gehabt. Hier waren die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten für einen Umbau von so einschneidender Bedeutung, wie die integrale (nicht differenzierte) Kollektivierung noch nicht gegeben. Es stellten sich auch bald die Folgen ein: die technische Bearbeitung der Felder war schlecht; da man mit den Traktoren nicht umzugehen verstand, so machte man sie in der Regel — zahlreiche Zeitungsnachrichten aus allen Gegenden des Landes beweisen das — sehr rasch gebrauchsunfähig.

Auf dem Gebiet der Viehzucht, der technischen Pflanzenkulturen und zum Teil auch auf dem Gebiet der Getreidekulturen setzte ein Sinken der Produktion ein. Sehr bezeichnend ist die Tatsache, die Trotzki anführt, daß die Sowjetregierung im September 1932 gezwungen war, ein Dekret zu erlassen, das dem einzelnen selbständigen Bauer die Pflicht auferlegt, für den Bedarf der Kollektivgüter auf deren Forderung hin gegen eine bestimmte Bezahlung ihre Pferde leihweise zu überlassen!

Als in der Sowjetunion der Kurs auf die integrale Kollektivisierung genommen wurde, da galten in der offiziellen Presse schon allein die Zahlen der kollektivierten Betriebe als Beweis für den sozialistischen Charakter der Landwirtschaft. In Wirklichkeit sehen wir aber auch jetzt, daß die Bauern selbst der kollektivierten Betriebe ihr Getreide nicht abliefern (der heutige Mangel an Lebensmitteln ist nicht auf eine besonders schlechte Ernte zurückzuführen, sondern auf die mangelhafte Ablieferung), weil sie für ihr Geld keine Waren bekommen können. Der Bauer auch des kollektivierten Betriebes ist bestrebt, sein Korn nicht durch die sozialistischen, sondern durch die kapitalistischen Kanäle dem Verbraucher zuzuführen, d. h. es für die Spekulation auf dem freien Markt zur Verfügung zu stellen, und dieser Uebelstand, sagt Trotzki, wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß gegen die Ausplünderung des sozialistischen Eigentums drakonische Gesetze erlassen werden müssen.

Trotzki sieht die Ursachen dieser Uebelstände in den falschen Methoden der Sowjetbürokratie, die die schwierigen Probleme durch administrative Maßnahmen lösen zu können glaubt. Die Frage der „Smitschka“ z. B. d. h. des Bündnisses zwischen Stadt und Land, die eine der Grundfragen der russischen Revolution ist, glaubte man dadurch zu einem endgültigen Abschluß gebracht zu haben, daß man auf administrativem Wege die Kollektivisierung anordnete, und ebenso verfuhr man bei der Beseitigung der NEP (der neuen ökonomischen Politik), des freien Marktes usw.

„Parallel damit“, schreibt Trotzki, „ging die nicht erst seit gestern begonnene Verknöcherung der Gewerkschaftsverbände, der Sowjets und der Partei. Angesichts der Reibung zwischen Stadt und Dorf, der Forderungen der verschiedenen Teile der Bauernschaft und des Proletariats, griff die Bürokratie zu immer entschiedeneren Verboten aller Forderungen und Proteste und jeder Kritik ... Die bürokratische Oberschicht erklärte sich zu guter Letzt auf dem Gebiet der sozialistischen Planwirtschaft für unfehlbar.“ Und Trotzki warnt: die Sowjetwirtschaft ist in Gefahr! Er sieht eine Krise voraus, die die notgedrungene Schließung von Betrieben und damit Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird, denn infolge der übermäßigen und schlecht berechneten Anspannung zeigen sich überall in der Wirtschaft Risse.

Als Ausweg empfiehlt Trotzki, den Beginn des zweiten Fünfjahrplanes um ein Jahr zu verschieben. Das Jahr 1933 soll als Puffer zwischen dem ersten und dem zweiten Fünfjahrplan dienen, in diesem Jahr sollen alle Lücken ausgefüllt werden, die im ersten Fünfjahrplan entstanden sind, der zweite Fünfjahrplan aber muß nach Ansicht Trotzkis derart umgestellt werden, daß er sich in seinen Ausgangspositionen eng an die wirklichen, nicht aber an die nur eingebildeten Resultate des ersten Fünfjahrplanes anschließt.

„Die Aufgabe aller Aufgaben“ — so schließt Trotzki seine Broschüre — „ist die Wiedererweckung der Partei. Auch hier ist eine Bestandaufnahme der Erbschaft aus der nachleninschen Periode notwendig, eine Trennung des Gesunden vom Kranken, des Brauchbaren vom Unbrauchbaren, eine Reinigung von Schutt und Schmutz, eine Durchlüftung und Desinfektion aller Winkel der Bürokratie. Nach der Partei folgen die Sowjets und die Gewerkschaften. Die allgemeine Wiederinstandsetzung aller Sowjetorganisationen ist die wichtigste und unaufschiebbare Aufgabe des Jahres 1933.“

Mag Trotzki vielleicht auch in manchen Dingen zu sehr verallgemeinern, so besteht doch die Tatsache, daß die Berichte von Augenzeugen über die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion in der letzten Zeit immer pessimistischer werden. Die Presse der kommunistischen Partei nimmt keine Notiz davon, sie bemüht sich in keiner Weise, den Arbeitern ihres Landes die ungeheuren Schwierigkeiten aufzuzeigen, in denen ihre russischen Klassenbrüder zu leben und zu kämpfen gezwungen sind. Erfahren die Arbeiter dann aber doch die Wahrheit, so fühlen sie sich betrogen, enttäuscht und wenden sich gegen das System selber, das sie verantwortlich machen. Wir glauben hier mit Trotzki, daß man der Sache des Kommunismus am besten dient, wenn man alle Mängel und Blößen schonungslos aufdeckt, nach den Ursachen forscht und Ratschläge — die große Erfahrung Trotzkis gibt ihm das Recht zu Ratschlägen — ernstlich in Erwägung zieht.

Aus der Vergangenheit wissen wir, daß Stalin sich sehr oft die von seinen Parteigegnern vorgeschlagene Politik zu eigen macht, wobei es zu seinen Methoden gehört, dann auf diese Gegner besonders scharf loszuschlagen. Die schwere wirtschaftliche Lage, in der sich die Sowjetunion heute befindet, wird die KP der SU schließlich zwingen, den nächsten Fünfjahrplan nicht auf Grund in der Luft hängender Zahlen aufzubauen, sondern auf Grund der Erfahrungen und Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes zu revidieren. Damit wäre die Forderung Trotzkis schon zu einem Teil erfüllt und hoffentlich die schwere Krise vom russischen Proletariat abgewandt, die Trotzki in seiner Broschüre prophezeit.

Ein Anhang in der Broschüre befaßt sich mit dem Ausschluß Sinowjews, Kamenews usw. aus der KPdSU. Trotzki erzählt hier noch einmal die Geschichte der Sinowjewschen Opposition, die immer hin- und herschwankte, schließlich den Weg in die Partei zurückfand und jetzt beschuldigt wird, den Versuch gemacht zu haben, „eine bürgerlich-kulakische Organisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der USSR zu schaffen“.

Zum Schluß wollen wir noch bei dieser Gelegenheit auf die äußerst mangelhafte Uebersetzung hinweisen, in der leider alle Broschüren Trotzkis in deutscher Sprache erscheinen und die in der hier behandelten Broschüre ganz besonders auffällt. Wir glauben, daß der Verlag sich doch Mühe geben sollte, die Arbeiten Trotzkis den Arbeitern in einer möglichst genauen, aber doch auch der deutschen Sprache Rechnung tragenden Uebersetzung vorzusetzen.

Alarm!

Organisierung einer zivilen Gas- und Luftschutztruppe auch in Delitzsch

Delitzsch, 9. Januar.

Oberleutnant a. D. Roßbach (bekannt durch den Kapp-Putsch), Führer der „Luftschutztruppe Ekkehard“, hatte am Montag, dem 9. Januar, durch den Ersten Bürgermeister die gesamten Honoratioren der Stadt Delitzsch sowie die Naziführer, Wehrwolf, Kriegervereine, sämtliche Schulleiter u. a. Organisationsführer nach dem Stadtverordnetensitzungssaal laden lassen, um sie für den nationalen Gas- und Luftschutz zu begeistern und mit ihnen den Wehrgedanken in der Jugend, besonders auch der Schuljugend, praktisch zu wecken.

In Japan—China ist bereits der Krieg in schönster Blüte, er steht mithin bei uns vor der Türe, also sagt Oberleutnant Roßbach, es gilt, sich jetzt bereits gegen Fliegerangriffe zu schützen. Der Erste Bürgermeister schlug vor, den nahen Landsberg als Fliegermeldestelle zu sichern. Um nun die Jugend, vor allem die Schüler, für diese nationale Sache zu interessieren, sollen nach Roßbachs Ausführungen keine Sirenen oder Turmglocken zum Fliegeralarm verwendet werden, sondern die Schulen übernehmen den Meldedienst, während die erwerbslose Jugend Fliegerbombenbrände markiert, und in jedem Hause wird wiederum eine Hausfeuerwehr organisiert, zu der insbesondere die im Hause wohnende Schuljugend ausgebildet werden soll. Einfach blendend!

Und nun die Hausböden — das ist ein Spezialgebiet. Hier liegt die Hauptaufgabe der Gas- und Luftschutztruppe. Haus für Haus werden die Bodenkammern einer eingehenden Revision unterzogen. Herr Roßbach malte aus, wie alles Gerümpel auf galante Art unentgeltlich herausbefördert bzw. geordnet wird, auch für die Winterhilfe soll dabei noch etwas abfallen. Der Dank der Hausfrauen sei ihm stets gewiß. Auch alle Anwesenden waren sichtlich begeistert, besonders der Bürgermeister, er sah im Geiste die Stadt in neuer Ordnung erblühen, sowie die zahlreichen Berichte über den Zustand aller Rumpelkammern. Er dankte dem Redner für seine blendend entwickelte Idee, der besonders den Wahlspruch prägte: „Immer hübsch liebenswürdig und nett mit den Leuten umgehen, schwupp, dann hat man sie schon.“

Der Bürgermeister war so von den Ausführungen eingenommen, daß er es für überflüssig erklärte, wenn noch jemand zu diesem Vortrage das Wort nehmen würde.

Unser Genosse Gebhardt, der als Magistratsmitglied ebenfalls zu dieser großen Führerbesprechung geladen war, nahm jedoch das Wort und zeichnete in treffenden Worten die Gefährlichkeit dieses scheinbar harmlosen Manövers, mit dem die Bevölkerung für den Wehrgedanken eingefangen und nach und nach wieder für die Kriegsbegeisterung reif gemacht werden soll. Nach denselben Methoden, wie es bereits 1914 geschehen sei. Die Verfechter des Wehr- und Kriegsgedankens haben allein in Deutschland zwei Millionen Menschen, blühende Jünglinge und Männer, die 1914—1918 hingeschlachtet wurden, zu verantworten. Auch diese geplante Maßnahme liege in der Linie der Aufrüstung, und es sei eine Schande für ein Kulturvolk, wenn es nach den traurigen Erfahrungen des letzten Weltkrieges noch weiter die verwerfliche Kriegspolitik dulden würde.

Wir brauchen keine Gas- und Luftschutztrupps, sondern den schärfsten, unerbittlichen Kampf gegen alle Kriegstreiber.

Sämtliche Kriege, ob 1870 oder 1914, ob siegreich oder besiegt, stets bringe es nur Not und Elend für die arbeitende Bevölkerung. Deshalb gelte es, auch die humansten Formen der Kriegsrüstung, wie die geplante Luftschutztruppe abzulehnen und die Bevölkerung vor diesen Maßnahmen zu warnen.

Der Naziführer Kläning sprang wütend auf und forderte vom Ersten Bürgermeister, unserem Genossen das Wort zu entziehen, da sie es ablehnen müßten, kommunistische Reden anzuhören. Die ganze nationale Front erhob sich und verließ zum Protest den Saal, während die anwesenden Arbeitervertreter unserm Genossen Beifall zollten.

Der Erste Bürgermeister brachte noch zum Ausdruck, daß Andersdenkende zu diesen Besprechungen und Vorträgen doch lieber nicht erscheinen sollten und bedauerte, daß viele Herren in ihrem nationalen Gefühl gekränkt worden seien.

Es sollen weitere Vorträge in der Aula der Oberrealschule sowie praktische Ausbildungen trotzdem durchgeführt werden. Teilnehmergebühr pro Kopf und Abend 30 und 50 Pfg. zur Deckung der Unkosten.

Herrn Klänings Auftreten hat zur Genüge bewiesen, daß die Arbeiterschaft nichts mit diesen nationalistischen Machenschaften zu tun hat. Wir fordern deshalb die Arbeiterschaft auf, wachsam zu sein und die Front gegen Kriegsgefahr und Verhetzung enger zu schließen, wenn sie nicht in aller Kürze vor der Tatsache eines neuen imperialistischen Krieges stehen will.

ADGB-Zeitungswesen

Der Umfang der Presse in den freien Gewerkschaften

Obwohl das Jahrbuch des ADGB über das vergangene Jahr infolge des großen Organisationsapparates erst in der Regel im dritten Quartal des folgenden Jahres erscheinen kann, sind wir doch heute schon in der Lage, einen Ausschnitt über den Stand der Gewerkschaftspresse innerhalb des ADGB im Jahre 1932 zu bringen.

Es existiert im ADGB ein besonderer „Fachausschuß“ für das Pressewesen, in dessen Aufgabengebiet auch die Pressestatistik fällt.

Es existieren hiernach am Ende des Jahres 1932 88 gewerkschaftliche Blätter (einschl. der Zeitschriften) mit einer Gesamtauflage von etwa 5,3 Millionen Stück je Nummer. Nicht mitgezählt bei dieser Rechnung ist die „Sächs. Gewerkschaftszeitung“, die vom Bezirksausschuß des ADGB Sachsen herausgegeben wird, und das Organ des Ortsausschusses Berlin des ADGB, der „Aufwärts“. Die beiden Blätter zusammen haben eine Auflage von 255 000 Stück je Nummer. Um diesen riesigen Beeinflussungsapparat wirksam werden zu lassen, waren 88 Redakteure, davon 50 im Hauptberuf und 38 im Nebenberuf beschäftigt. Die Zahl der nebenberuflichen Redakteure verringerte sich bis Ende Juni 1932 um einen. Von der Gesamtzahl der Redakteure wohnten 73 in Berlin und 14 in anderen Orten.

An den Ausbau der Gewerkschaftspresse konnte infolge der Krise nicht mehr gedacht werden. Vielmehr ist der Umfang erheblich eingeschränkt. Am 1. Januar 1932 erschienen von den 31 vorhandenen zentralen Verbandsorganen nur noch 16 im alten Umfang und in der alten Ausstattung. Bis Ende Juni verflossenen Jahres sank deren Zahl auf 9; die übrigen 22 mußten ihren Umfang erheblich einschränken, meistens statt achtseitig nur noch sechs- oder gar nur vierseitig.

Wenn man also die Gesamtauflage auf rund 5,5 Millionen je Nummer feststellt und dabei im Durchschnitt ein zweimaliges Erscheinen pro Monat annimmt (etwa 3½ Millionen Exemplare erscheinen wöchentlich), so ergibt sich eine jährliche Gesamtauflage von 130 Millionen Exemplaren. Das bedeutet einen riesigen Einfluß auf die Meinungsbildung von Millionen Proletarier.

Wenn weiter berücksichtigt wird, daß die Redakteure wohl fast ausnahmslos Reformisten sind, und demzufolge ihre politische Auffassung in den Blättern zum Ausdruck kommt, so erscheint uns auch in diesem Licht gesehen unbedingt notwendig, für die Revolutionierung der Gewerkschaften innerhalb derselben zu arbeiten. Wir müssen durch zielklare Oppositionsarbeit das reformistische Meinungsmonopol innerhalb der freigewerkschaftlichen Presse brechen, um dadurch eine wichtige Voraussetzung für den Revolutionierungsprozeß der Millionenmassen zu schaffen.

Hegla.

Neuer Lohnraub in „gefährdeten Betrieben“

Berlin, 10. Januar.

CNB. Ende dieses Monats läuft die Bestimmung der Notverordnung vom 5. September 1932 ab, die den „gefährdeten Betrieben“ eine Unterschreitung der tariflichen Löhne ermöglichte. Ueber die Frage, was weiter werden soll, berichtet die „Vossische Zeitung“, daß der Gedanke, die durch die Aufhebung des § 7 der September-Notverordnung entstandene Lücke durch eine ähnliche Bestimmung auf dem Verordnungswege auszufüllen, fallen gelassen worden ist. Es soll der Versuch gemacht werden, die bisher durchgeführten Lohnsenkungen zunächst durch freiwillige Vereinbarungen (!) zwischen den Tarifparteien im Einzelfalle aufrechtzuerhalten und im übrigen durch die Schlichter und die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen darauf hinzuwirken, daß bei dem Neuabschluß nach Möglichkeit

Klauseln für die Lohnunterschreitung

bei gefährdeten Betrieben in die Tarifverträge eingebaut werden. Insgesamt sind überhaupt nur in etwa 25 bis 30 Betrieben, meist kleineren Umfanges, derartige Lohnsenkungen durchgeführt worden.

Diese Meldung eröffnet nette Aussichten. Man glaubt also „an zuständiger Stelle“, daß die Gewerkschaften durch freiwillige Vereinbarungen über Tarifunterschreitung die bisherige Verordnung überflüssig machen. Diese für die Gewerkschaften beschämende Zumutung ist ein Signal für die Arbeiterschaft, alles zu tun, um jede derartige Tarifklausel zu verhindern.

Unterbez. Zwickau-Crimmitschau

Heute Donnerstag

Demonstration des SSB und der SAP in Zwickau. — Alle Gruppen des Schutzbundes und der Partei Stellen 19.15 Uhr am Volkshausplatz in Zwickau. Keiner darf fehlen!

Zum Konflikt im belgischen Kohlenbergbau

Die Unternehmer des belgischen Steinkohlenbergbaues haben sich bereit erklärt, an den gegenwärtig geltenden Löhnen nur bis zum 31. Januar festzuhalten. Die Revision des geltenden Lohnabkommens muß daher bis Ende Januar abgeschlossen sein.

Devisenabkommen mit Norwegen

Berlin, 10. Januar.

WTB. Die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung zur Regelung der Zahlungen für den Warenverkehr zwischen Deutschland und Norwegen haben zu einer Einigung geführt. Danach können künftig Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Devisengenehmigung sind, soweit ihre Devisenkontingente für die Bezahlung von Warenbezügen aus Norwegen nicht ausreichen, die fehlenden Beträge in Reichsmark auf das bei der Reichsbank für die norwegische Nationalbank errichtete Sonderkonto einzahlen. Diese Markbeträge werden dann für die Zahlung deutscher Lieferungen nach Norwegen verwendet.

Die neue Regelung tritt am 19. Januar 1933 in Kraft.

Verlängerung der Tarifverträge in Norwegen

Oslo, 10. Januar.

WTB. Die Arbeitgeberverbände haben beschlossen, auf die dreiprozentige Lohnkürzung zu verzichten, die ihnen rechtlich zustand und die automatisch in Verbindung mit dem Rückgang des amtlichen Preisindex eintreten sollte. Der Generalrat der Gewerkschaften stimmte seinerseits einer Verlängerung aller Tarifvereinbarungen bis zum Herbst 1934 zu. Die Gewerkschaften werden über dieses Kompromiß nunmehr abzustimmen und sich bis zum 23. Januar über ihre Haltung zu erklären haben. Sollte die vorgeschlagene Regelung nicht angenommen werden, würde allerdings die dreiprozentige Lohnkürzung durchgeführt werden.

Jeden Donnerstag

DIE ENTE

Preis 10 Pfennig

DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:

Roda Roda, Erich Weinert, Peter Scher, Erich Kästner, Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7